

GESUNDHEIT *braucht* POLITIK

Zeitschrift für eine soziale Medizin

verein
demokratischer
ärzt*innen



Nr. 1/2023 | Solibeitrag: 5 Euro



ERNÄHRUNG UND GESUNDHEIT

INHALT

5

Du bist, was Du isst. über soziale und ideologische Aspekte des Essens

Friedrich Schorb

8

Ernährungsarmut. Wer schlecht isst, ist nicht selber schuld

Heinrich-Böll-Stiftung

11

Schluss mit »spannender Zielgruppe«? Über Kindermarketing für ungesunde Lebensmittel

Jonas Schaffrath

16

Babykiller. Der endlose Skandal um Muttermilch-Ersatzprodukte

Bernhard Winter

18

Macht. Das Geschäft mit dem Essen

Heinrich-Böll-Stiftung

21

Wenn das Wasser zur Ware wird. Über die Privatisierung des Wassers in Chile

Ruth Kries

24

Krankenhausesen verschlechtert Heilungschancen

Martin Rücker

28

Richtig Essen lehren. Interview mit Aktivist*innen von

PAN aus München

31

Braunes Gemüse. Die esoterischen und völkischen Wurzeln der ökologischen Landwirtschaft

Peter Bierl

34

Erdbeeren müssen nie weinen. Maximilian Schulz setzt dem antihumanen Antispeziesismus eine marxistische Kritik der Warenproduktion entgegen

Maximilian Schulz

36

Für einen »Veganismus der Massen«

Christian Stache

39

Diagnosen werden gemacht, nicht gefunden. Rezension von

Kai-Uwe Helmers

42

Internationales

43

Verlorene Jahre. Das spanische Gesundheitssystem war einst das Vorzeigeprojekt der Sozialdemokratie, mit den Maßnahmen in der Finanzkrise wurde es arm gespart

Carmela Negrete

45

Lesen, Hören, Anschauen.
Tipps von der Redaktion

Der vdää*

ist bundesweit und in Regionalgruppen organisiert; er setzt sich für eine soziale Medizin, für die Demokratisierung der Gesundheitsversorgung und der Strukturen der ärztlichen Standesvertretung ein. Er nimmt Einfluss auf die Gesundheitspolitik und unterstützt den Widerstand gegen die Ökonomisierung der Medizin.

Sollten Sie von uns informiert werden wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung. Gerne können Sie sich auch online über den vdää*-Newsletter auf dem Laufenden halten. Die Zeitschrift »Gesundheit braucht Politik« ist die Vereinszeitung, die viermal jährlich erscheint. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Vereinsmeinung wieder.

Redaktion

Felix Ahls, Elena Beier, Thomas Kunkel, Julius Poppel, Nadja Rakowitz, Karen Spannenkrebs, Rafaela Voss, Bernhard Winter

Impressum

Gesundheit braucht Politik I/2023
ISSN 2194-0258
Hrsg. vom Verein
demokratischer Ärzt*innen
V.i.S.d.P. Felix Ahls / Thomas Kunkel /
Bernhard Winter

Bildnachweise

Die Grafiken in dieser Ausgabe haben wir alle aus der Broschüre: Armut macht Hunger. Fakten zur globalen Ernährung 2021, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), September 2021; das Titelbild ist von AlastairG aus Wikimedia Commons.

Geschäftsstelle

Kantstraße 10, 63477 Maintal
Telefon 0 61 81 – 43 23 48
Mobil 01 72 – 1 85 80 23
Email info@vdaeae.de
Internet www.vdaeae.de/
gbp.vdaeae.de/

Bankverbindung: Triodos Bank
IBAN: DE05 5003 1000 1076 0500 03
BIC: TRODDEFIXXX

Konzept Benedikt
Hörmannsdorfer

Layout/Satz Birgit Letsch
Druck Hoehl-Druck

EDITORIAL

Wir widmen uns in dieser Ausgabe der GbP dem allzeit präsenten Thema Ernährung und Gesundheit. Einerseits können wir uns selbst als Individuen dem Thema und allen täglichen Entscheidungen darüber nicht entziehen. Andererseits geht es dabei auch um größere gesellschaftspolitische Fragen wie Ressourcenknappheit, Menschenrechte, unser Umgang mit Tieren, Ökologie, Industrialisierung, Herrschaftsverhältnisse und Kapitalismus.

Wir beginnen deshalb explizit mit dem Text von Friedrich Schorb, der in seinem Text »Du bist, was du isst« den Zusammenhang zwischen Ernährung, Gesundheit und sozialem Status thematisiert. In die gleiche Richtung argumentiert ein Text der Heinrich-Böll-Stiftung »Wer schlecht isst, ist nicht selber schuld«, der den Bezug zwischen Armut und (un-)ausgewogener Ernährung verdeutlicht. Jonas Schaffrath beschreibt in: »Schluss mit spannender Zielgruppe?« *über Lebensmittel für Kinder, wie die Industrie ihre zukünftigen Kund*innen mit Werbung konditioniert*. Und Bernhard Winter zeigt in seinem Text »Babykiller« am Beispiel des schon Jahrzehnte währenden Skandals um Nestlé, wie schon die werdenden Mütter von Muttermilchersatzprodukte überzeugt werden sollen.

Der Text »Das Geschäft mit dem Essen« zeigt auf, wie das Machtungleichgewicht zwischen großen Konzernen, Kleinbäuer*innen und Konsument*innen Fehlernährung fördert. Ruth Kries erläutert in ihrem Artikel: »Wenn das Wasser zur Ware wird« die Zusammenhänge der Diktatur von Pinochet in Chile und der jetzigen Wasserkrise – und warum das Problem schon lange vor Avocado-Plantagen begann. Martin Rücker kritisiert die Fehlversorgung mangelernährter Patient*innen in deutschen Kliniken und zeigt, wie das Essen im *ökonomisierten* Krankenhaus dazu beiträgt. Vertreter*innen von PAN (Physicians Assosication for Nutrition) stellen in einem Interview ihre Gruppe und deren Organisationsstruktur und Zielsetzungen vor.

Peter Bierl legt in »Braunes Gemüse« dar, dass die Forderung nach gesundem Essen keineswegs ein Monopol linker Bewegungen ist und zeigt die esoterischen und völkischen Wurzeln der ökologischen Landwirtschaft. Auch die vegane Lebensweise erfreut sich zunehmend größerer Beliebtheit und damit auch der politische Veganismus. Manche Personen leben aus völlig unpolitischen Gründen vegan, andere verfolgen damit eine po-

litische Agenda. Aber was ist der politische Veganismus? Und ist er notwendig links? Es gibt zunehmend (umstrittene) Kritiken von Autor*innen wie z.B. Mira Landwehr, die großen Teilen der veganen Bewegung eine gefährliche Nähe zu rechtslastigem oder mindestens antihumanem Denken vorwirft. Weiterhin gibt es auch innerhalb des politischen Veganismus und der Tierrechtsbewegung Diskrepanzen. In dem Artikel »Erdbeeren müssen nicht weinen« kritisiert Maximilian Schulz Bewegungen wie die »Animal Rebellion« und deren Gleichsetzung von Tier- und Menschenleid. Immer wieder wird aus linken Reihen die Kritik an System, Kapitalismus und den Produktionsverhältnissen im politischen Veganismus vermisst. Christian Stache gibt hierzu im Artikel »Für einen »Veganismus der Massen«« einen Überblick über die Strömungen im politischen Veganismus und bei Tierrechtsorganisationen.

Kai Uwe Helmers rezensiert das Buch »Die ärztliche Diagnose. Erfahrung – Evidenz – Ritual« von Donner-Banzhoff. In unserer Rubrik »Internationales« schauen wir in diesem Heft nach Spanien und den aktuellen Protesten gegen ein kaputtgespartes Gesundheitssystem sowie nach Großbritannien und die aktuellen Neuigkeiten des ausgedehnten Streiks der Gesundheitsmitarbeiter*innen dort. Des Weiteren gibt es – wie gewohnt – in der Rubrik Sehen-Hören-Lesen Empfehlungen zu interessanten Themen oder weiterführender Literatur.

Neues Layout

Wie Ihr sicher bemerkt habt, haben wir das Design der Zeitschrift überarbeitet. Das Layout, wie Ihr es in dieser Ausgabe vorfindet, sehen wir noch nicht als endgültig an, sondern wir werden weiter daran arbeiten. Wir hoffen, dass Euch unsere ersten Schritte zum neuen Aussehen gefallen und freuen uns über konstruktive Kritik (Mail: redaktion@vdaeae.de). Spätestens mit Ausgabe 3 dieses Jahres werden wir Euch noch mal konkret befragen, wie Euch die Änderungen gefallen und ob Ihr noch Vorschläge habt.

Eure Redaktion

Du bist, was Du isst

Über soziale und ideologische Aspekte des Essens

Friedrich Schorb

»**D**er Mensch ist, was er isst.« Das berühmte Zitat des Philosophen Ludwig Feuerbach war Ausdruck seiner materialistischen Weltanschauung, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme, und seiner Kritik an der idealistischen Vorstellung, dass sich die menschliche Wirklichkeit allein im Geist abspiele. Feuerbachs Bonmot ist aktuell, wenn auch in leicht abgewandelter Form als: »Du bist, was Du isst«, wieder omnipräsent. Doch die Bedeutung hat sich geändert. »Du bist, was Du isst«, ist heute meist wenig mehr als ein Aufruf, sich wahlweise vegan, glutenfrei, nachhaltig, regional, fair, kalorienarm, gesund, figur- und umweltbewusst zu ernähren.

Das wieder allgegenwärtige Motto ist zentral mit der Vorstellung verbunden, dass der eigene Körper beliebig formbar ist, dass Gesundheit vor allem eine Frage des Verhaltens ist, und dass chronische Erkrankungen maßgeblich Folge einer falschen Ernährungs- und Lebensweise sind. Gesundheit wird in dieser Wahrnehmung zur Tugend, zur Belohnung für vorbildliches Verhalten. Wer seine Risikofaktoren kennt, sich richtig ernährt, nicht raucht, nicht trinkt, sich genug bewegt, ausreichend schläft und Stress vermeidet, bekommt nach dieser Logik keinen Schlaganfall oder Krebs. Wer dennoch krank wird, muss also etwas falsch gemacht haben.

Darüber hinaus spielt das Motto: »Du bist, was Du isst« darauf an, dass die Ernährungsweise heute ein Ausdruck der Persönlichkeit ist, bei dem es längst nicht mehr nur um einen Beitrag zu einem im Idealfall gesunden und nachhaltigen Lebensstil geht, sondern um eine grundsätzliche Haltung zum Leben und zur Welt.

Du bist, was Du kaufst

Aber auch denjenigen, denen Zeit und Muße fehlen, aus ihrer Ernährungsweise eine Lebensphilosophie oder eine Ersatzreligion abzuleiten, macht die Lebensmittelindustrie mit ausdrücklicher Unterstützung der Politik ein attraktives Angebot. Eine Vielzahl von Labels soll Verbraucher*innen dabei helfen, bei der Lebensmittelwahl eine in jeglicher Hinsicht richtige Auswahl zu treffen. Der Nutri-Score z.B. soll den Verbraucher*innen die Frage beantworten, ob ein Produkt in der jeweiligen Produktkategorie besonders wenig bzw. viel Salz, Fett oder Zucker beinhaltet, ob also Schokoriegel A »gesünder« ist

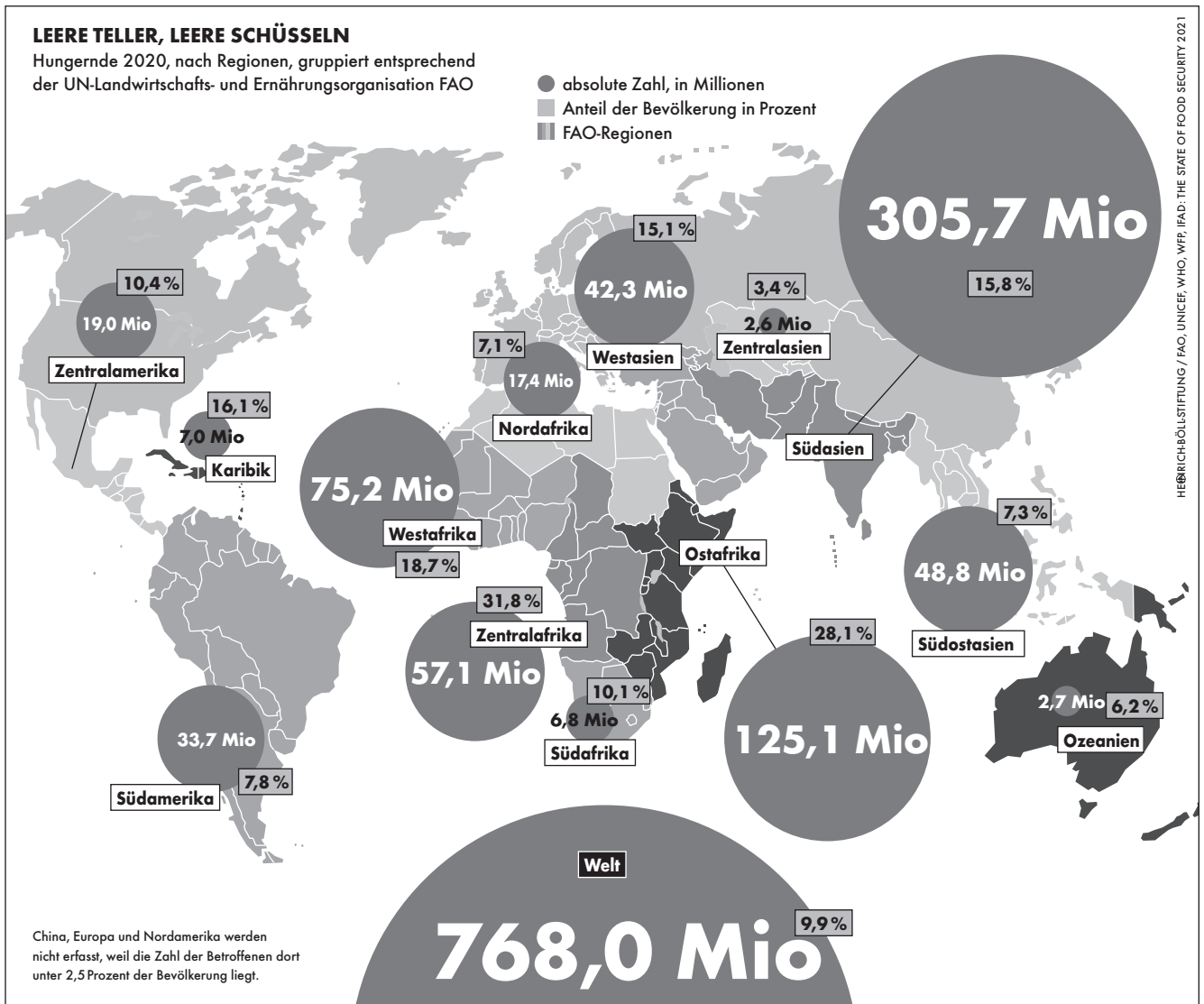
als Schokoriegel B und daher ohne schlechtes Gewissen verzehrt werden darf.

Mit den Bio-Labels vergewissern sich die Konsument*innen schließlich, dass sie mit ihrer Ernährung nicht nur etwas für ihre Gesundheit, sondern auch für den Umweltschutz getan haben. Mit der Regional-Etikettierung und dem Herz für Erzeuger wird ihnen garantiert, dass ihr Essen keine weiten Wege zurückgelegt hat und dass die Landwirte aus der Region unterstützt werden. Den Tierschutz sichert das Tierwohl-Label und mit dem Fairtrade-Logo wird der Gerechtigkeit für den globalen Süden Genüge getan. Die Politik verbietet und bevormundet nicht, die Konsument*innen selbst treffen die Entscheidung, was sie kaufen und damit auch wer wir sind: ignorante Tierquäler*innen und Klimasünder*innen ohne Herz für Erzeuger*innen und die Finanzierungsprobleme der Krankenkassen, oder Tiere, Landwirte, die Umwelt und die eigene Gesundheit liebende verantwortungsvolle Gutmenschen.

Was is(s)t die Elite

Besonders ausgeprägt ist der Wunsch nach einer bewussten Ernährung in den Eliten. Wobei hier ethische Aspekte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Einer aktuellen Studie der Max Grundig-Klinik zum Ernährungsverhalten von Führungskräften zufolge ernähren sich zwei Drittel von ihnen gesund oder versuchen es zumindest. Die Aussage: Ernährung und das Wissen um diese

Gesundheit wird in dieser Wahrnehmung zur Tugend, zur Belohnung für vorbildliches Verhalten.



Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0

seien eine neue Ersatzreligion in unserer Gesellschaft, treffe auf diese Gruppe in hohem Maße zu, so der Hauptautor der Studie. Über das richtige Essen werde unter den Führungskräften viel gelesen, nachgedacht und geredet.

Um eine Idee dafür zu bekommen, wie weit sich diese Beschäftigung mit dem richtigen Essen bereits in die Firmenphilosophie einiger Unternehmen durchgesetzt hat, lohnt ein Blick in die Tech-Industrie. Hier wird mittlerweile nicht mehr nur das Tabakrauchen verboten, sondern auch Süßgetränke und Schokoriegel. Laufräder ersetzen Bürostühle und meditiert wird während der Arbeitszeit. Im Silicon Valley und seinen weltweiten Spinoffs breitet sich eine eigentümliche Mischung aus Sozialdarwinismus und fernöstlichen Entspannungstechniken aus. Wirtschaftsliberalismus und Technikgläubigkeit werden mit Achtsamkeitsübungen, Yoga und Hochleistungssport kombiniert. Dazu passt, dass unter den Spitzenmanager*innen in Deutschland jede*r zehnte Marathon läuft, während es in der Gesamtbevölkerung nur eine*r von 600 ist.

Diese narzisstische Nabelschau geht mit einer »the winner takes it all«-Mentalität einher, bei der sich die Eliten nicht mehr nur finanziell und mental, sondern auch körperlich den Unterprivilegierten der Arbeitswelt überlegen fühlen dürfen – all jenen dienstfertigen Geistern also, die, gesteuert von den Algorithmen aus den Kreativzentralen, Pakete sortieren und ausliefern, Essen zubereiten und zustellen, Apartments und Büros reinigen und bewachen, Betuchte kutschieren, frisieren und maniküren, Betagte und Kinder pflegen versorgen und unterhalten und die von uns allen benötigten Waren und Maschinen produzieren. Und während der Anteil, den die Eliten am sprichwörtlichen Kuchen für sich beanspruchen, immer größer wird, werden der breiten Masse

zugleich die wortwörtlichen Kuchenkrümel als ungesunde Dickmacher vergällt.

Was is(s)t die Unterschicht

Untergewicht sei das geringste Problem von Hartz IV-Empfänger*innen hatte Thilo Sarrazin als Beitrag zur Debatte um die von vielen als zu niedrig empfundenen Hartz-IV-Sätze einst zum Besten gegeben. Noch deutlicher hat der Lobbyist für die neoliberale »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, Oswald Metzger, die Bedeutung von »Du bist, was Du isst« für die politische Wahrnehmung der Unterschicht auf den Punkt gebracht: »Viele sehen ihren Lebenssinn darin, Kohlehydrate oder Alkohol in sich hineinzustopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das Gleiche dann den eigenen Kindern anzugedeihen. Die wachsen dann verdickt und verdimmt auf«. In besagtem Fernseher bekommen die so angesprochenen Angehörigen der unteren Klassen in verschiedenen Comedy- und Reality TV-Formaten ein Zerrbild ihrer Selbst zu sehen, das dann in einer Art Zirkelschluss diese Vorurteile bestätigt.

Natürlich interessierten sich diese derart als Bürgergeld- und Niedriglohn-Empfänger*innen Diffamierten auch nicht für Nutri Scores oder Biolabel. Entsprechend sehen viele in den vermeintlichen Zucker und Billigfleischexzessen einer devianten Unterschicht dann auch einen Hauptgrund dafür, dass die gesunde Lebenserwartung in Deutschland für Menschen mit geringem Einkommen 15 Jahre niedriger liegt als für ihre wohlhabenden Mitbürger*innen. Der Vorwurf allerdings, dass sich Angehörige der Unterschicht den Bauch mit Billigfleisch und Süßwaren vollschlagen, stand empirisch schon immer auf wackeligen Füßen. Spätestens aber seit der jüngsten Inflationswelle, von der Lebensmittelpreise besonders betroffen sind, sollte allen klar geworden sein, dass Mangelernährung in reichen Ländern ein reales Problem ist.

Ernährungsarmut in Deutschland

Auch in Deutschland erhält das Thema Ernährungsarmut angesichts stetig steigender Lebensmittelpreise neue Aufmerksamkeit. Die aus ökologischer und medizinischer Sicht durchaus erfreuliche Nachricht etwa, dass der Fleischkonsum 2022 in Deutschland um fast ein Zehntel zurückgegangen ist, hat auch eine Schattenseite. Denn dieser plötzliche Rückgang ist nur zu einem kleinen Teil auf den langfristigen Trend zu fleischarmer Ernährung zurückzuführen. Einen viel stärkeren Einfluss auf diese Entwicklung hatten die rasant steigenden Preise. An den Lebensmitteltafeln, die ursprünglich einmal Obdachlosen vorbehalten waren, drängen sich mittlerweile über zwei Millionen Rentner*innen, Alleinerziehende

und Geringverdiener*innen. Fleisch und Wurst waren an Tafeln schon immer Mangelwaren. Weil ihnen aber mittlerweile auch alle anderen Lebensmittel ausgehen, verhängen immer mehr Tafeln Aufnahmestopps. Währenddessen nimmt die Ernährungsunsicherheit weiter zu. Rund anderthalb Millionen Menschen gelten in Deutschland als mangelernährt, unter ihnen mehr als eine halbe Million Kinder.

Nicht zuletzt sorgen die Eliten durch ihr Handeln selbst dafür, dass neben den finanziellen Gräben auch der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Arm und Reich immer größer wird. Denn auf der Suche nach der Formel für die ewige Jugend verlassen sich die Ultrareichen nicht mehr nur auf die neuesten Ernährungstrends. Die Milliardengewinne jedenfalls fließen längst nicht mehr nur in Riesenyachten oder Weltraumexpeditionen, sondern zunehmend in die eigene Forschung, um mit deren Hilfe das Dasein auf Erden zu verlängern. Von 120 gesunden Lebensjahren träumen Investoren wie Peter Thiel und setzen dabei neben gesunder Ernährung und Fitness auf Blutkonserven und die neuesten Errungenschaften der Gentechnologie. Zugleich tragen sie mit ihrem politischen Engagement aktiv dazu bei, dass die Lebenserwartung der ärmeren Hälfte der Bevölkerung weiter stagniert, indem sie politische Parteien und Kandidat*innen unterstützen, die dafür sorgen, dass der breiten Masse der Bevölkerung der Schutz vor Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung, das Recht sich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen sowie der Zugang zu einer universalen Gesundheitsversorgung auch zukünftig verweigert wird.

Du bist, was Du wiegst

In einem Punkt allerdings sind Arm und Reich dann doch wieder gleich: Denn um geliebt zu werden, reicht es nicht aus, nur viel Geld zu besitzen, zum Mars zu fliegen und über Medienkonzerne zu verfügen, mit deren Hilfe man die Gefolgschaft exklusiv mit den eigenen Botschaften berieseln lassen kann. Wer wirklich dazu gehören will, muss selbstverständlich auch über einen schlanken, gepflegten und durchtrainierten Körper verfügen. Und dieser Körper gilt immer noch als Resultat der richtigen Ernährungs- und Lebensweise. Das musste auch der – jedenfalls bis vor kurzem noch – reichste Mann der Welt, Elon Musk, erfahren. Ihm, der lange Zeit für sein Aussehen verlacht worden war, konnten dieses Mal keine Algorithmen helfen. Nach seiner Abnehmstrategie gefragt, beklagte sich Musk, dass er sich mit den Nebenwirkungen von Off-Label Medikamenten herumschlagen, und sich, wo immer möglich, von leckerem Essen fernhalten müsse ...

Literatur beim Autor; Friedrich Schorb ist Soziologe und lehrt an der Universität Bremen.

Ernährungsarmut

Wer schlecht isst, ist nicht selber schuld

Heinrich-Böll-Stiftung

In einem reichen Land wie Deutschland können sich alle Menschen ausreichend und gesund ernähren? So einfach ist das nicht. Einkommen, Bildung und Arbeit sind eng verknüpft mit dem Gesundheitszustand. Wir dokumentieren einen Text aus einer Broschüre der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der Begriff Ernährungsarmut beschreibt die strukturellen Zusammenhänge zwischen sozioökonomischer Position, Ernährung und Gesundheit. Regelmäßige Erhebungen dazu fehlen in Deutschland, denn der Zugang zu Nahrungsmitteln gilt hierzulande als relativ sicher. Nie war das Angebot an Lebensmitteln größer, die Lebensmittelpreise niedriger und der Anteil der Lebensmittelausgaben am gesamten Konsum privater Haushalte geringer. Das verfassungsrechtlich garantierte Grundsicherungssystem soll die gesellschaftliche Teilhabe aller sicherstellen. Wenn sich unter diesen Bedingungen Menschen ungünstig ernähren, muss das an mangelnden Informationen, Kompetenzen oder anderen Prioritäten liegen – so die im öffentlichen Diskurs oft formulierte Annahme.

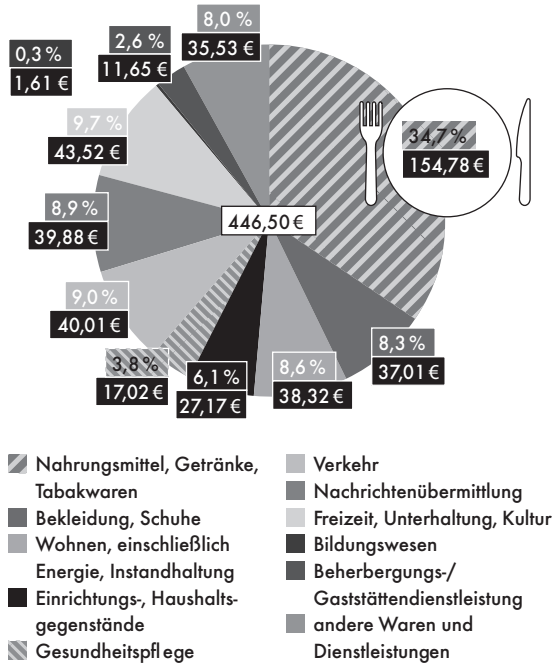
Die sozialepidemiologische Forschung weist allerdings auf den großen Einfluss struktureller und materieller Bedingungen auf das Ernährungs- und Gesundheitsverhalten hin. Demnach beeinflussen Faktoren wie das verfügbare Haushaltseinkommen, die relativen Lebensmittelpreise und die Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen das Ernährungs- und weitere Gesundheitsverhalten deutlich – insbesondere gilt das für Haushalte, die wenig Geld zur Verfügung haben. So errechnet das Robert-Koch-Institut zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe Unterschiede in der Lebenserwartung von 8,4 Jahren bei Frauen und 10,8 Jahren bei Männern. Armut ist ein Gesundheitsrisiko. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen

weniger als 60 Prozent des nationalen Mittels beträgt. Im März 2020 lebten 6,48 Millionen Menschen in Deutschland von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen, darunter rund 1,87 Millionen Kinder und Jugendliche. Für allein lebende Erwachsene betrug 2020 die monatliche Grundsicherung 432 Euro. Darin enthalten ist ein Budget für Lebensmittel von etwa 150 Euro im Monat, rund fünf Euro am Tag. Damit das reicht, kaufen Armutshaushalte häufig entweder weniger oder qualitativ schlechtere Lebensmittel ein. Für Deutschland ist der Zusammenhang zwischen Lebensmittelpreisen und ihrer Energiedichte beziehungsweise ihrem Nährstoffgehalt wenig untersucht. Studien aus anderen wohlhabenden Ländern zeigen aber, dass energiedichte Lebensmittel mit hohem Stärke- und Zuckeranteil im Vergleich zu gesunden Lebensmitteln wie Obst und Gemüse, Fisch oder magerem Fleisch relativ preisgünstig sind. Softdrinks, Brot, Nudeln oder Pizza enthalten viele Kalorien pro Euro, während Obst und Gemüse verhältnismäßig teuer sind. Preisgünstiger als stärkehaltige Grundnahrungsmittel sind, bezogen auf den Kaloriengehalt, in den wohlhabenden Ländern nur Fette und Zucker.

Studien zeigen, dass es in armen Haushalten eine deutlich geringere Vielfalt an Lebensmitteln gibt und sie günstige, sättigende Lebensmittel gegenüber Obst und Gemüse bevorzugen. Insgesamt elf Prozent der deutschen Haushalte der untersten Einkommensgruppen geben an, sich nicht jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten zu können. Qualitative Untersuchungen wie die *Gießener Er-*

SO GLIEDERT SICH DER HARTZ-IV-SATZ 2021

Regelsatz im Monat pro Kategorie, in Euro und Prozent



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG / SOZIALHILFE 24

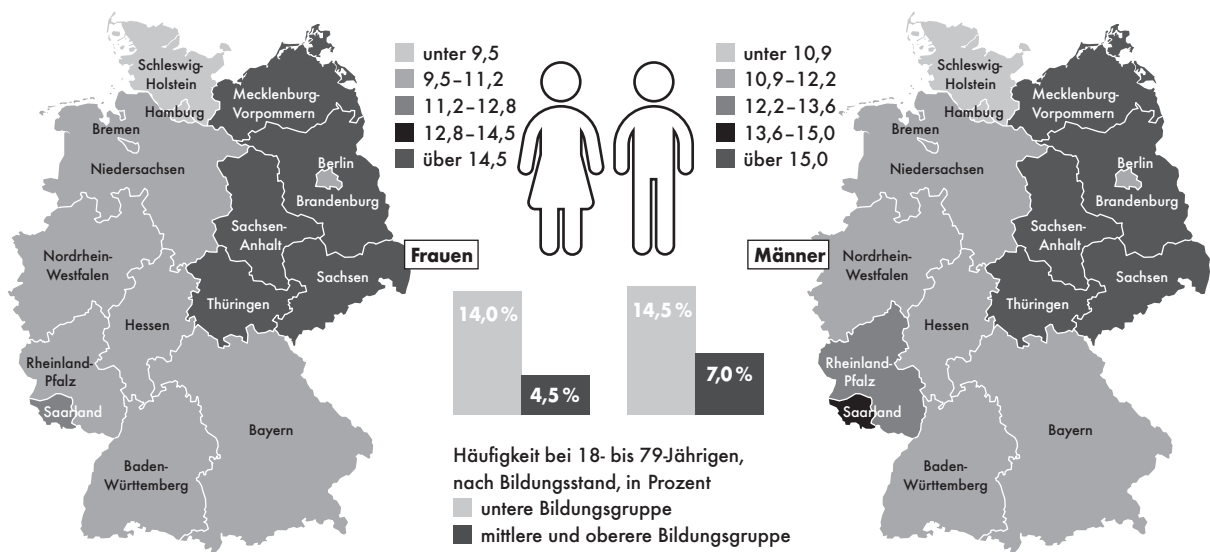
Studien aus anderen wohlhabenden Ländern zeigen aber, dass energiedichte Lebensmittel mit hohem Stärke- und Zuckeranteil im Vergleich zu gesunden Lebensmitteln wie Obst und Gemüse, Fisch oder magerem Fleisch relativ preisgünstig sind.

In vielen Armutshaushalten reicht der Regelsatz für eine gesunde und ausgewogene Ernährung nicht aus.

Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0

KRANKHEIT HAT EINEN ORT UND EINEN BILDUNGSABSCHLUSS

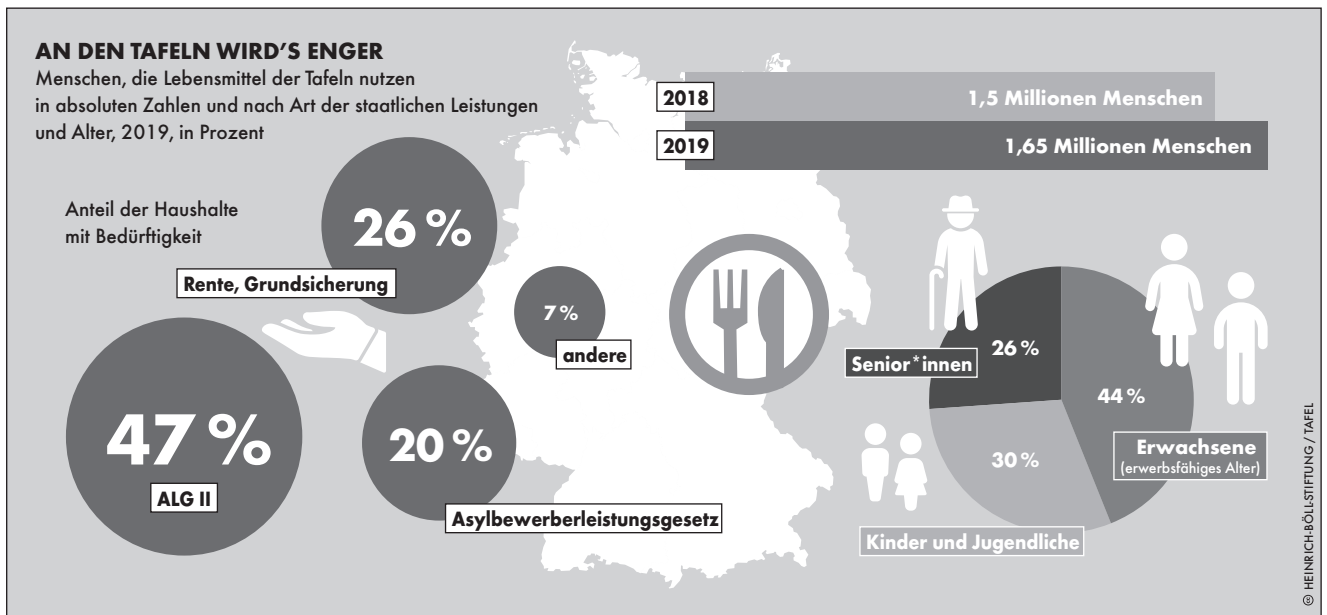
Diabetes-Häufigkeit bei gesetzlich krankenversicherten Erwachsenen, nach Geschlecht und Bundesland, in Prozent



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG / DIAB-INFO

In den östlichen Bundesländern ist die Bevölkerung älter und ärmer als in den westlichen. Das begünstigt Diabetes.

Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0



Die Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz-W) stellen die größte Besuchergruppe an den Tafeln.
 Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0

nährungsstudie über das Ernährungsverhalten von Armutshaushalten¹ weisen auf finanzielle Engpässe hin, in denen – häufig am Monatsende – das Einkommen nicht für eine gesunde Ernährung ausreicht. In sogenannten »Zieh- oder Streckwochen« wird die Ernährung sehr einseitig. Zum Teil berichten Betroffene von Hunger. Diese Ergebnisse decken sich mit ersten Studien, die den Ernährungsstatus von Nutzer*innen der in Deutschland zunehmend verbreiteten Lebensmitteltafeln untersuchen. Die Tafeln geben unverkäufliche, gespendete Lebensmittel gegen zumeist geringe Unkostenbeiträge an Bedürftige aus. Im Jahr 2019 nutzten 1,65 Millionen Menschen regelmäßig das Angebot der Tafeln. Es sind größtenteils Menschen, die von staatlicher Grundsicherung leben, gefolgt von Senior*innen und Asylsuchenden. Zwischen 2018 und 2019 ist die Zahl der Nutzer*innen innerhalb eines Jahres um zehn Prozent gestiegen. Jede*r zweite der 1.033 befragten Tafelnutzer*innen gab an, sich eine gesunde und nahrhafte Ernährung nicht leisten zu können. Rund 60 Prozent sprachen von einer einseitigen Ernährung und rund 10 Prozent berichteten, in den letzten zwölf Monaten aus Geldmangel mindestens einmal einen ganzen Tag lang ohne Nahrungsmittel gewesen zu sein. Ernährung dient jedoch nicht nur der Gesundheit, sondern hat auch soziale und kulturelle

Funktionen. Ein Leben in Armut kann dazu führen, dass Menschen an Alltagsroutinen wie dem Besuch von Restaurants, Mensen oder Kantinen oder an einer gemeinsamen Familienmahlzeit nur noch begrenzt teilnehmen können. Dies kann zu einer verminderten Einbindung in soziale Netzwerke führen. Insbesondere Kinder und Jugendliche leiden unter psychosozialen Folgen wie einem geringen Selbstbewusstsein oder fehlender Wertschätzung.



(Quelle: Der Text ist zuerst erschienen in: Armut macht Hunger. Fakten zur globalen Ernährung 2021, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), September 2021 – Wir danken für die Nachdruckgenehmigung.)

¹ Stephanie H. Lehmkuhler: Die Gießener Ernährungsstudie über das Ernährungsverhalten von Armutshaushalten, Alten-Buseck 2002, <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2002/825/pdf/d020125.pdf>

Schluss mit »spannender Zielgruppe«?

Über Kindermarketing für ungesunde Lebensmittel

Jonas Schaffrath

I. Die Kaufkraft der heimlichen Familienoberhäupter

»Die Zielgruppe verfügt über mehrere Milliarden Kaufkraft und Mitsprache bei Kaufentscheidungen der Eltern.« [1] – So bewirbt die spread blue education marketing gmbh ihre »zielgerichteten und effizienten Werbemaßnahmen«, die Kinder und Jugendliche ab dem stattlichen Alter von 3 Jahren erreichen sollen. Vom Malheft für Kleinkinder bis zur Lobkarte für Schüler:innen kann altersgerecht Werbung durch Kund:innen platziert werden – unter ihnen namhafte Lebensmittelkonzerne wie Nestlé, McDonald's und funny-frisch [2], die gerne ihre süßen und salzigen Produkte an die Frau, den Mann oder eben das noch brabbelnde Kleinkind bringen möchten. Eine andere Marketingfirma schätzt 2 bis 5-jährige »kids« als »spannende Zielgruppe«, »heimliche Familienoberhäupter« mit immenser direkter und indirekter Kaufkraft [3].

2. Was Kinder essen

Zumindest grundlegend scheinen schon junge Kinder zu spüren, was ihnen hinsichtlich Ernährung gut tut – und das mehr als so manche Erwachsene. Über Hunger und Sättigung können schon Kleinkinder die Energieaufnahme selbst regulieren und Nahrungsmengen auf ihre physiologischen Bedürfnisse abstimmen [4]. Bereits Säuglinge entwickeln Nahrungspräferenzen. Die Vielfalt von Nahrungsmitteln und gemeinsame Mahlzeiten bieten für Kinder so schon früh ein Lernfeld, das ihre Ernährung das Leben lang prägen kann.

Braucht es zur vollwertigen Ernährung Bärchenwurst, Schulmilch und »Kindercerealien«?

In den 2023 veröffentlichten Handlungsempfehlungen »Ernährung und Bewegung im Kindesalter« des bundesweiten Netzwerks »Gesund ins Leben« – Teil des Nationalen Aktionsplans IN FORM des *Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft* (BMEL) – heißt die deutliche Antwort auf die Frage: Nein. »Eine ausgewogene Ernährung gesunder Kleinkinder kann ohne speziell an Kinder gerichtete Produkte erreicht werden. Spezielle Milchgetränke für Kleinkinder sind grundsätzlich nicht notwendig.« Auch den aus Kindergartenrucksäcken und Mülleimern nicht mehr wegzudenkenden »Quetschies« wird eine Absage erteilt: »Pürierte Lebensmittel [...] aus quetschbaren Kunststoffbeuteln sind nicht empfehlenswert. Sie sind häufig energie- und zuckerreich, erhöhen bei regelmäßigem Verzehr das Risiko für Karies und Übergewicht und können die Gewöhnung an eine zum Kauen anregende, gröbere Textur der Nahrung erschweren [4]«.

Die Zielgruppe verfügt über mehrere Milliarden Kaufkraft und Mitsprache bei Kaufentscheidungen der Eltern.

Auch die Verbraucherzentralen stellen mit der Publikation »Kinderlebensmittel: Extrawurst für den Nachwuchs?« fest: Spezialprodukte für Kinder sind nicht empfehlenswert. »Vitamine sollten in der ausgewogenen Ernährung stecken und nicht in Naschereien. Spezielle Kindergetränke mit Zucker oder Getränke mit Süßstoffen sind dann überflüssig.« Und: »Kinder sollten möglichst wenig mit Werbung für spezielle Kinderprodukte in Kontakt kommen« [5].

Was ist also dran an und vor allem drin in den speziell an Kinder adressierten Lebensmitteln?

Die Weltgesundheitsorganisation veröffentlichte 2015 eine Empfehlung für Europa [6] dazu, wieviel Fett, Zucker, Salz und Kalorien in Nahrungsmitteln enthalten sein dürfen, die für Kinder beworben werden können. Dezidiert werden für 17 Lebensmittelgruppen vom Speiseeis über Frühstücksflocken bis zum verarbeiteten Fleisch die Grenzwerte für Fett, gesättigte Fettsäuren, Gesamtzucker, zugefügten Zucker, Süßstoffe, Salz und Kalorien aufgelistet, bei deren Überschreitung ein Marketing für die Lebensmittel nicht mehr zulässig ist.

In einer Marktstudie untersuchte 2021 die Verbraucher:innen-Organisation *foodwatch* die an Kinder beworbenen Lebensmittel der führenden Lebensmittelunternehmen. Das Ergebnis: Von den 283 untersuchten Nahrungsmitteln erfüllten über 85% die Empfehlungen der WHO nicht. Comicfiguren auf den Frühstücksflocken, das Fußball-Gewinnspiel der Softdrink-Herstellerin, Bastelanleitung auf der Schokoriegel-Internetseite, Spielzeugzugaben in der Burger-Tüte, Softdrinks auf Instagram-Kanälen – alle diese kreativen Marketingideen sollten Produkte mit zu viel Zucker, Salz oder Fett attraktiver machen. Problematisch zudem: Seit einer ähnlichen Studie 2015 war der Anteil der ungesunden beworbenen Lebensmittel trotz Selbstverpflichtungen der Industrie nur unzureichend reduziert, um weniger als 5% [7].

3. Ernährung, Gesundheit und Chancengleichheit

Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren essen in Deutschland im Schnitt weniger als halb so viel Obst und Gemüse, aber mehr als doppelt so viele Süßwaren oder Snacks wie empfohlen [9]. Das bleibt nicht ohne Folgen: Laut

Analysen der zweiten Welle der KiGGS-Studie aus den Jahren 2014-2017 mit über 3.500 Teilnehmenden von 3 bis 17 Jahren sind in Deutschland über 15% der Kinder und Jugendlichen übergewichtig, knapp 6% adipös. Bei niedrigem sozioökonomischem Status sind Übergewicht und Adipositas zudem häufiger [10]. Ein weiterer Anstieg dieser Zahlen zeichnet sich im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ab.

»Die Ernährungsweise, die im Kindesalter erlernt wird, hat sehr weitreichende Auswirkungen auf Körperfunktionen, Leistungsfähigkeit, die lebenslange Gesundheit und Krankheitsrisiken«, sagt Berthold Koletzko, Pädiater und Vorsitzender der Stiftung Kindergesundheit am Dr. von Haunerschen Kinderspital München [9].

Versteckter Hunger oder wie Armut zu Mangelernährung führt

Doch Hoch- und Übergewicht mit einem Zuviel an Energie zeigen nicht das ganze Bild einer fehlernährten jungen Generation: Häufig liegt auch eine Mangelernährung vor. Ernährungswissenschaftler:innen wie Konrad Biesalski von der Universität Hohenheim sprechen von einem zunehmenden Phänomen des »versteckten Hungers«. Inmitten eines Überflusses an energiereicher Nahrung in einem reichen Industriestaat wie Deutschland leiden vor allem Kinder und Jugendliche in finanziell armen Familien an einer Unterversorgung mit Mikronährstoffen wie Eisen, Zink, Jod oder Vitamin D. Die Folgen können Wachstumsverzögerung und eingeschränkte kognitive Entwicklung sein, was sich bereits in Schuleingangsuntersuchungen nachweisen lässt [11]. Der Ernährungsaktivist und ehemalige *foodwatch*-Vorsitzende Martin Rücker beschreibt einen Teufelskreis aus dieser Mangelernährung und Armut. Kinder, die in finanzieller Armut aufwachsen und versteckt hungern, werden in ihrer kognitiven Entwicklung eingeschränkt, sind im Bildungssystem benachteiligt und haben ein größeres Risiko, auch im weiteren Leben arm zu sein und ihre eigenen Kinder nicht ausgewogen ernähren zu können. Tatsächlich lag der Hartz-IV-Tagessatz für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke unter dem Wert, den die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung* als notwendig für eine vollwertige Ernährung erachtete [12]. Eine Alternative für die nicht erschwingliche ausgewo-

Auch die Verbraucherzentralen stellen mit der Publikation »Kinderlebensmittel: Extrawurst für den Nachwuchs?« fest: Spezialprodukte für Kinder sind nicht empfehlenswert.

gene Ernährung sind in Situationen finanzieller Armut häufig »Sattmacher«, die zwar energiedicht aber eben nicht nährstoffreich sind. Von einer Verschärfung dieser Situation durch die Preisanstiege bei Lebensmitteln im Zusammenhang mit dem Beginn des Ukraine-Krieges kann ausgegangen werden. Es braucht dringend bedarfsgerechte Tagessätze und eine ausgewogene Gemeinschaftsverpflegung etwa in Kitas, Schulen oder Krankenhäusern. [Vgl. II]

Ernährung und Epigenetik

Die Verbindung aus Fehlernährung, chronischer Krankheit und sozialer Benachteiligung endet nicht am individuellen Lebensende. Lange sind die epigenetischen Auswirkungen von ungesunder Ernährung auf nachfolgende Generationen, etwa auf die Entstehung von Adipositas oder Diabetes, untersucht [13]. So lassen sich noch bei Enkelkindern von mangelernährten Menschen erhöhte Risiken für metabolische und kardiovaskuläre Krankheiten nachweisen [14]. Die soziale Ungleichheit des versteckten Hungers brennt sich also über Generationengrenzen hinweg in unsere Gesellschaft ein. Zynisch liest sich in diesem Zusammenhang die vor einigen Jahren in Grundschulen verteilte Unterrichtsmappe des Softdrink-Herstellers Capri Sonne. »Fit, fair und schlau« prangt neben lachenden Kindern und Basketballbällen auf dem Titel. Ungesunde Ernährung – wie ebenjene Softdrinks – macht Kinder krank, vertieft und zementiert bestehende soziale Ungerechtigkeiten und reduziert nachhaltig Bildungschancen. Wie schafft es die Lebensmittelindustrie, ihre ungesunden Produkte trotzdem in der Mitte von Gesellschaft und Einkaufswagen zu platzieren?

4. Kindermarketing für Lebensmittel

Der sportlich anmutende Toni der Tiger lacht mit hochgestrecktem Daumen von der Frühstücksflocken-Packung seinen potentiellen Konsument:innen zu. Süße Comicfiguren auf der Verpackung, eingängige Werbe-Jingles, Kindergartenmarketing und Influencer:innen, die auf Tiktok eine Torte aus namhaften Schokokeksen backen – das Spektrum von Marketing für Kinder ist groß. Eine von foodwatch zitierte Studie der Unternehmensberatung JP Morgan kann erklären, warum 92% der Lebensmittelwerbung für Kinder für fast food, Snacks oder Süßigkeiten geschaltet wird: Liegen bei Obst und Gemüse die Gewinnmargen bei unter 5%, können etwa mit Frühstücksflocken, Snacks oder Keksen über 18% Profitabilität erreicht werden [15]. Über eine Milliarde Euro ließ sich die Lebensmittelindustrie in Deutschland 2021 Süßwarenwerbung kosten [16].

Die Rechnung geht auf: Täglich ist jedes Kind im Schnitt mit 15 Werbespots für Lebensmittel mit zu hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt konfrontiert [17]. Ein Bereich, dervon Eltern und Politiker:innen weitestgehend unter-

schätzt wird, ist nicht gekennzeichnete Werbung auf social media-Kanälen wie Instagram oder Tiktok. Für die Lebensmittelindustrie haben sich ganz neue Möglichkeiten erschlossen, wie Produkte direkt in den »Dreh- und Angelpunkt der heutigen Jugendkultur« [15] platziert werden können. »Da die sozialen Medien für Kinder und Jugendliche ein Ort der privaten Kommunikation, des Austauschs mit Freunden und auch ein Mittel der persönlichen Entfaltung sind, können Eltern naturgemäß viel weniger Kontrolle ausüben als beispielsweise bei der Auswahl des Fernsehprogramms.«, kritisiert foodwatch in ihrem 2021 veröffentlichten Junkfluencer-Report, der die Problemlage analysiert [15]. Das Influencer-Marketing löst das klassische Werbekonzept in TV und gedruckten Medien ab, und das mit Erfolg: Jede*r zweite 16- bis 19-Jährige hatte einer von foodwatch zitierten repräsentativen Studie zufolge in den letzten zwölf Monaten ein Produkt aufgrund der Empfehlung von Influencer*innen gekauft.

Die Unternehmen »sabotieren die Bemühungen vieler Eltern, ihre Kinder für eine gesunde Ernährung zu begeistern«, kritisiert foodwatch [9]. Eine Aussage, die viele Betreuungspersonen mit alltäglichen Diskussionen an der Supermarktkasse nachvollziehen können.

5. Ernährungspolitik der letzten Jahre: Die Mär von der Selbstverpflichtung

Julia Klöckner (CDU) wollte zwar Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft sein, jedoch »auf jeden Fall keine Ernährungspolizistin« [18]. In ihre Amtszeit fallen Bestrebungen zu verschärften »Verhaltensregeln« für Lebensmittelwerbung für Kinder, runde Tische mit der Lebensmittel- und Werbeindustrie, erbitterte Abwehrkämpfe und schließlich als Konsequenz die vermeintliche Lösung der freiwilligen Selbstverpflichtung der Herstellerfirmen.

»Appelle an die Industrie reichen nicht aus«, sagt Barbara Bitzer, Geschäftsführerin der *Deutschen Diabetes Gesellschaft* (DDG) und Sprecherin der *Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten* (DANK), einem Bündnis aus fast zwei Dutzend Fachgesellschaften (darunter die pädiatrischen Verbände bvkj und DGKJ), bezüglich der Zuckerreduktion in Softdrinks [19]. »Die Bundesregierung ist mit ihrer Strategie der freiwilligen Selbstverpflichtung gescheitert«.

Selbstverpflichtungen und deren Nicht-Einhaltung treffen gesellschaftlich Benachteiligte, oft Leitragende von bestehenden Ernährungsungleichheiten, besonders. »Die Freiwilligkeit lässt vor allem sozial schwächere Familien und Kinder zurück«, sagt etwa Berthold Koletzko, Vorsitzender der *Stiftung Kindergesundheit*. »Wir wissen, was wir ändern müssen, aber wir ändern nichts.« So nehme die Krankheitslast durch ernährungsbedingte Krankheiten weiter zu [21].

Wissenschaftlich lässt sich die Überlegenheit von gesetzlichen Maßnahmen gegenüber den Selbstverpflich-

tungen der Industrie mittlerweile nachweisen: So ist in Ländern mit gesetzlichen Beschränkungen des Kindermarketings der Konsum von Junkfood im Zeitraum von 2002 bis 2016 um 8,9 Prozent gesunken, in Ländern mit freiwilligen Selbstverpflichtungen gleichen Zeitraum jedoch um 1,7 Prozent gestiegen [22].

6. Endlich ein Meilenstein gegen Fehlernährung?

Auf Seite 45 des Koalitionsvertrages zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021-2025 steht der nüchterne Satz »An Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt darf es in Zukunft bei Sendungen und Formaten für unter 14-Jährige nicht mehr geben« [23]. Ein Jahr nach der Bundestagswahl ist von konkreten Schritten oder Gesetzesinitiativen noch nichts zu sehen.

Der schon seit Jahren bestehende zivilgesellschaftliche Druck erhöht sich weiter, vor allem auf den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir (GRÜNE). Im Februar 2022 fordert eine breite Initiative aus den DANK-Mitgliedsfachgesellschaften, dem Verbraucherzentrale-Bundesverband sowie der AOK in einem policy brief umfassende Werbebeschränkungen gemäß des WHO-Nährwertprofilmodells. Im August unterzeichnen mehr als 300 Kinder- und Jugendärzt:innen einen Appell an den Bundesernährungsminister zur umfassenden Regulierung von Junkfood-Werbung [24], wenig später folgt ein gemeinsamer Appell durch ein breites Bündnis von Fachgesellschaften und Verbraucher:innenschutzorganisationen, öffentlichkeitswirksam vertreten durch den Starkoch Jamie Oliver, die im Koalitionsvertrag umrissenen Maßnahmen nun umfassend umzusetzen.

Am 27. Februar 2023 schließlich geht Özdemir mit einem Gesetzesentwurf vor die Presse. »In der Kindheit werden die Grundlagen für das weitere Leben gelegt, die Kindheit entscheidet oft über die Chancen im Erwachsenenleben.« Bisherige freiwillige Selbstverpflichtungen und Branchenregeln hätten Kinder nicht effektiv vor negativen Werbeeinflüssen geschützt [16].

Der »Entwurf eines Kinder-Lebensmittel-Werbegesetzes – KWG« sieht Einschränkungen vor für Werbung »in allen für Kinder relevanten Medien« für Lebensmittel mit zu hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt, wenn diese »nach Art, Inhalt oder Gestaltung an Kinder adressiert ist (zum Beispiel durch Kinder als Darsteller, Kinder adressierende Aufmachung oder speziell auf Kinder abzielende Sprache)« oder »Kinder aufgrund des Werbeumfeldes oder des sonstigen – zum Beispiel räumlichen – Kontextes der werblichen Beeinflussung ausgesetzt werden (zum Beispiel im Umfeld von Kinder- und Familiensendungen, in sozialen Medien oder im Umkreis von Schulen etc.)«.

Breite Zustimmung kommt von Verbänden: »Die von Minister Özdemir auf den Weg gebrachten Werbebeschrän-

ken für ungesunde Lebensmittel sind ein Meilenstein im Kampf gegen Fehlernährung und Übergewicht.«, sagt Luise Molling von *foodwatch* [25]. Auch ein breites Bündnis aus unter anderem AOK-Bundesverband, der DANK, dem *Verbraucherzentrale Bundesverband* (vzbv) und medizinischen Fachgesellschaften wie der *Deutschen Gesellschaft für Kinder und Jugendmedizin* (DGKJ) begrüßen den Vorstoß. Das Vorhaben des Ministers könne ein Durchbruch im Kampf gegen ernährungsbedingte Krankheiten werden und Deutschland international zum Vorreiter machen [26].

Der angekündigte Entwurf würde sich nach dem Nährwertprofilmodell der WHO richten und sich somit an einer Kernforderungen der DANK-Initiative orientieren. Auch hinsichtlich der Werbungsformen folgt der Entwurf mit der Formulierung »in allen für Kinder relevanten Medien« inklusive social media- und Influencer-Kanälen dem policy brief der Initiative, genauso wie bei der Außenwerbungs-»Bannmeile« von 100m rund um Einrichtungen für Kinder.

Lediglich Einschränkungen bei Produkt- und Verpackungsgestaltung (etwa Bärchenwurst oder der »Tiger Toni«), wie von der DANK gefordert, werden in den bisher verfügbaren Veröffentlichungen des BMEL zum Gesetzesentwurfes nicht konkret genannt. In der Marktstudie von *foodwatch* weisen viele der untersuchten Lebensmittel diese Form des Marketings auf. Falls die Produktgestaltung von den Einschränkungen ausgenommen würde, könnten also Comicfiguren weiterhin um die Sympathie von Kleinkindern im Einkaufswagen buhlen.

»Jetzt kommt es darauf an, dass das Gesetz innerhalb der Ampelkoalition – insbesondere vom Koalitionspartner FDP – nicht verwässert wird und der Kinderschutz gegen die Interessen der Werbewirtschaft und der Junkfood-Industrie durchgesetzt wird«, sagt Gesundheitsaktivistin Luise Molling [25]. »Wir haben die Rückendeckung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von Wissenschaft und Ärztinnen und Ärzten über Krankenkassen bis hin zu Elternvertretungen, die nachdrücklich eine umfassende Regulierung fordern.«, betont Özdemir auf der Pressekonferenz zuversichtlich [17], und gerade so als wolle er sich gegen den Widerstand wappnen: »Eine große Mehrheit der Bevölkerung befürwortet unsere Pläne.«, Die Koalitionsparteien SPD und FDP erwähnt der Minister in dieser Auflistung nicht.

Das Ende von sozialer Marktwirtschaft, Innovation und Sport?

Doch der Widerstand regt sich bereits, sowohl in der Industrie als auch beim liberalen Koalitionspartner. So meint FDP-Fraktionsvorsitzende Carina Konrad, die Werbeschränkungen umgingen die wahren Kernprobleme ungesunder Ernährung und würden Kinder »regelrecht abschirmen«. Die WHO-Grenzwerte selbst seien sogar praxisuntauglich: »Diese erweisen sich nämlich als weltfremd, denn so dürfte noch nicht mal mehr ein Glas Milch, ein frisches Rosinenbrötchen oder bestimmte

Täglich grüßen Eigenverantwortung, Verhaltensprävention und freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie.

Obstsäfte beworben werden.« [27]. Ihre alternativen Lösungsvorschläge klingen nicht unbekannt: »mehr Ernährungsscoaches an Schulen, Seminare zur Medienkompetenz für Kinder und Eltern sowie mehr Engagement von Produzenten und Supermärkten« – täglich grüßen Eigenverantwortung, Verhaltensprävention und freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie.

Wenn in koalitionsinternen Auseinandersetzungen schon jetzt die Regularien der Weltgesundheitsbehörden angezweifelt werden, kann von einem künftigen Kampf mit harten Bandagen ausgegangen werden. Ob Apelle, wie der von Barbara Bitzer (DANK) den »aus wissenschaftlicher Sicht richtigen und wichtigen Vorschlag des Ministers« zu unterstützen in diesem Kampf genug gehört werden, erscheint fraglich.

Auch Vertreter:innen der Industrie, wie Christoph Minhoff, langjähriger Cheflobbyist des Lebensmittelverbands Deutschlands, greifen bereits am Erscheinungstag der Gesetzesvorlage tief in die emotionale Westentasche und sehen durch die »böartige Aussagen« Özdemirs »eine Branche diffamiert«. Formulierungen eines »fast kompletten Werbeverbotes« erinnern bereits sehr an die Worte desselben Lobbyisten zur Debatte um Tabakwerbung im Jahr 2016, »totale Werbeverbote [seien ein] tiefer Einschnitt in die Freiheit«. Der *Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft* (ZAW) sieht sowohl soziale Marktwirtschaft, Innovation und gar den Sport in Gefahr [27].

»Natürlich trifft es uns einmal wieder vom Image her, weil Zucker im Fokus einer Diskussion steht, und dass auch das Zucker-Bashing wieder weiter geht«, klagt Südzucker-Sprecher Dominik Risser das Leid seiner Branche [29] und zeichnet das Bild, es brauche lediglich mehr Aufklärungsarbeit bezüglich der Kalorienbilanz. Auch hier eine althergebrachte Argumentationslinie der Industrie, die die Verantwortung an die Betreuungspersonen delegiert. Oder gleich direkt an die Kinder selbst, wie Baden-Württembergs Ernährungsminister Peter Hauk (CDU) auf den Zug aufspringt: »Wir müssen eine Bewusstseinsveränderung bei jungen Menschen schaf-

fen. Spielerisch, nicht durch Verbote, sondern durch Ernährungs- und Erziehungsarbeit [29].«

Boulevardzeitungen starten schon Kampagnen, kennen die »geheime Werbe-Verbotsliste« (Sogar Milch ist dabei!) des »hammerharten« Özdemir und bieten Lobbyist:innen wie Christoph Minhoff eine öffentlichkeitswirksame Bühne [30].

Unabhängig davon, wie das Ringen um die Werbeschränken ausgehen wird: Es geht um weit mehr als ein einzelnes Maßnahmenpaket. »Essen ist Politik«, sagt Ernährungsaktivist Martin Rücker in einem Podcast [12]. Es brauche ein Umdenken in Politik und Gesellschaft. Die Wissenschaft zeichnet ein klares Bild davon, wie eine gesunde, sozial gerechte und klimaverträgliche Ernährung aussehen kann. Politik sollte entsprechend die wissenschaftliche Erkenntnis zum Leitmotiv ihrer Agenda machen und nicht die lobbyierten Argumente aus der Industrie. Hierzu ist laut Rücker ein verändertes Rollenverständnis erforderlich: Statt runder Tische mit Lebensmittelkonzernen könnten etwa Bürger:innenräte Politiker:innen beraten und so Ernährungspolitik am Gemeinwohl statt am Profit orientieren. Zivilgesellschaft kann in die Verantwortung gehen: Ernährung politisieren, auf die Straße gehen, Organisationen, die für gesündere Lebensmittel eintreten, unterstützen, mit Politiker:innen sprechen, sich lokal interessieren und etwa die Hintergründe von ungesundem Schulspeisen bei Verantwortlichen hinterfragen. Zugrunde liegen muss wohl auch die Frage: Wollen wir es zulassen, dass privatwirtschaftliche Unternehmen mit wissenschaftlich nicht empfohlenen »Kinderlebensmitteln« auf dem Rücken der Gesundheit von Kindern Gewinne einfahren, während die (auch finanziellen) Folgen von der Gesellschaft getragen werden?

In Chile – einst das Labor neoliberaler Politik, wo seit 2012 schrittweise Kindermarketing einschränkt wird – ist Toni der Tiger von den Packungen verschwunden [7]. Ob er in Deutschland mit seinem Daumen Kinder weiterhin als »spannende Zielgruppe« zum Kauf ermuntern darf, bleibt abzuwarten.

Jonas Schaffrath ist Arzt in Weiterbildung Pädiatrie und Mitglied im Vorstand des vdää*, außerdem aktiv bei SoliMed Köln.

Verweise und Belege finden sich in der Langfassung des Textes auf der Homepage von GbP: <http://gbp.vdaae.de/>

Babykiller

Der endlose Skandal um Muttermilch-Ersatzprodukte

Bernhard Winter

»Gigant der Skandale« titelte die Onlineausgabe der *Süddeutschen Zeitung* 2019 wegen der zahlreichen Vorwürfe, mit denen sich der Vorstand des in der Schweiz ansässigen Nestlé-Konzerns in den letzten Jahrzehnten auseinandersetzen musste.¹ Sei es, dass der Konzern als Vorreiter der Wasserprivatisierung u.a. für Dürren in Pakistan verantwortlich gemacht wurde, sei es, das großflächige Abholzen des Regenwaldes zugunsten von Palmölplantagen, die Greenpeace kritisierte, oder unnötige Tierversuche bei der Entwicklung von Kosmetika, die Nestlé vorgeworfen werden.² Diese Liste ließe sich noch durch zahlreiche weitere Skandale ergänzen. Ein Skandal sticht dabei wegen seines langen wirkmächtigen Nachhalls hervor. Seit 50 Jahren steht der Konzern wie auch andere Nahrungsmittelmultis wegen der Marketingmethoden bei der Distribution von Säuglingsnahrung in der Kritik.

Die Entwicklung und Produktion von Babynahrung ist eng verwoben mit der Konzerngeschichte. So legte Henri Nestlé mit seinem in Großproduktion hergestellten »Kindermehl«, ein Muttermilch-Ersatz (Formula-Milch), 1867 die Grundlage für den heutigen multinationalen Konzern. Das Logo des Konzerns ist dann auch ein Vogel, der zwei im Nest sitzende Jungen füttert. Neu- und Weiterentwicklungen ließen in den folgenden Jahrzehnten den Markt für Säuglingsnahrung kontinuierlich anwachsen. Ende der 1960er Jahre häuften sich allerdings die Berichte von Wissenschaftler*innen, die in der unsachgemäßen Verwendung von industriell hergestellten Milch-Ersatzprodukten in ärmeren Ländern eine erhebliche gesundheitliche Gefährdung von Babys sahen. Sie machten Werbepraktiken von Nahrungsmittelmultis für den Tod zahlreicher Kinder verantwortlich. 1974 erschien auf Englisch eine Broschüre des Journalisten Mike Muller mit dem Titel »The Baby Killer«. Diese wurde von der schweizerischen studentischen *Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern* unter dem Titel »Nestlé tötet Babys« in abgeänderter Form auch auf Deutsch publiziert.³

¹ SZ-online 06.06.2019; zuletzt aufgerufen 21.03.2023

² Handelsblatt-online 05.10.2019; zuletzt aufgerufen 21.03.2023

³ Wikipedia-Eintrag: Nestlé tötet Babys; zuletzt aufgerufen 21.03.2023

Bei der Kritik ging es nie darum, Säuglingsnahrung aus den Verkaufsregalen zu verbannen. Ihr praktischer und bei adäquater Verwendung mitunter lebensrettender Nutzen war und ist unumstritten. Thematisiert wurden die manipulativen Vermarktungsmethoden, die sich, um neue Märkte zu generieren, gezielt an Mütter in ärmeren Ländern wandten, die eigentlich stillen wollten und konnten. Dies stand in diametralem Gegensatz zur Behauptung der Konzernleitung, einen Beitrag zur Senkung der Säuglingssterblichkeit zu leisten. Nestlé wurde dabei ein besonders aggressives Werbeverhalten vorgeworfen. Neben Radiosendungen und Plakaten wurden sogenannte Milchschwestern eingesetzt. Dabei handelte es sich um Konzernmitarbeiterinnen, zum Verwechseln ähnlich wie Krankenschwestern gekleidet, die Mütter vom Stillen abbringen und durch Probepackungen vom Gebrauch der Formula-Milch, insbesondere dem Nestlé-Produkt Lactogen, abhängig machen sollten. Es wurde eine Überlegenheit der Milch-Ersatzprodukte gegenüber dem Stillen suggeriert, die offensichtlich wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprach: In vielen armen Regionen der Welt ist die Anwendung von Milch-Ersatzprodukten wegen der mangelhaften hygienischen Verhältnisse oder der fehlenden Möglichkeit, Wasser abzukochen, für die Säuglinge lebensgefährdend. Hinzu kommt, dass wegen mangelnder finanzieller Möglichkeiten der Eltern, die Kunstnahrung häufig gestreckt wird. Mögliche Folgen sind unter anderem bedrohliche Diarrhoe, erhöhte Infektanfälligkeit und Marasmus. Es ist davon auszugehen, dass dies millionenfacher Tod bedeutete.

Donnerndes Eigentor

Nestlé verklagte gerichtlich die Mitglieder der Berner Arbeitsgruppe wegen übler Nachrede. Deren Mitglieder wurden dann auch zu jeweils 300 € SFR verurteilt. Allerdings erwies sich dieses Urteil als donnerndes Eigentor des Konzerns, da das Gericht zwar den Titel der Broschüre beanstandete aber deren Inhalt explizit als korrekt bezeichnete und den Multi zu einer Änderung seines Marketings aufforderte.⁴ Rund um diesen Prozess wurde

⁴ Der Spiegel 27/1976: Kleiner David

SOLIDARISCHES GESUNDHEITSWESEN



»Armut und Ausgrenzung machen krank«

Das muss und soll nicht so bleiben. Der Verein »Solidarisches Gesundheitswesen e.V.« engagiert sich für ein Gesundheitswesen, das allen Menschen einen sicheren Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung sowie Teilhabe an gesundheitlicher Prävention und Gesundheitsförderung ermöglicht. Wir treten für den Abbau gesundheitsgefährdender Verhältnisse in Gesellschaft und Umwelt ein. Und wir wollen uns besonders dafür einsetzen, dass bisher sozial und ökonomisch benachteiligte gesellschaftliche Gruppen (z.B. Arme, Geflüchtete, Migrant*innen) an der medizinischen Versorgung und Gesundheitsförderung teilhaben können. Wir widersetzen uns deshalb allen Tendenzen, soziale Gruppen von der medizinischen Versorgung auszuschließen oder ihre Gesundheitsressourcen zu beschneiden.

Der gemeinnützige Verein steht allen offen, die seine Ziele teilen. Wir engagieren uns in Kooperation und Vernetzung mit bereits bestehenden Organisationen und Initiativen.

Kontakt:

Solidarisches Gesundheitswesen e.V.
Falkstraße 34, 60487 Frankfurt/Main
solid.g-wesen@gmx.de
<http://www.solidarisches-gesundheitswesen.de/>

Spendenkonto:

Bank: Frankfurter Sparkasse 1822
IBAN: DE07 5005 0201 0200 5795 25

in den westlichen Ländern das Thema aufgegriffen, es bildeten sich Aktionsgruppen, es gab unzählige Veranstaltungen, Filme wurden gedreht (z.B. Peter Krieg: Flaschenkinder) und das Thema in den Medien diskutiert. Es bildet sich als internationales Netzwerk der Konzernkritiker die *Infant Formula Action Coalition* (heute unter *Corporate Accountability International* agierend), die 1977 zu einem vielbeachteten Nestlé-Boykott aufrief. 1981 erließ die World Health Assembly, das höchste Organ der WHO, einen internationalen Kodex für die Vermarktung von Muttermilch-Ersatzprodukten, der Werbung oder das Verteilen von Gratisproben untersagte.

Wie stellt sich die Situation heute dar? Eine Studie der WHO und Unicef zufolge, die im Februar 2022 publiziert wurde, manipulieren viele Säuglingsnahrungshersteller weiterhin im großen Ausmaß Eltern. Die Hälfte aller 8.000 in acht Ländern befragten Mütter war einer aggressiven Werbung durch Nahrungsmittelkonzerne ausgesetzt gewesen.⁵ Verantwortlich seien ein halbes Dutzend weltweit führender Konzerne, die in der Studie nicht benannt werden, die aber alle ein vergleichbares Marketing betreiben

Lediglich 25 Länder haben den Verhaltenskodex der WHO aus dem Jahr 1981 vollständig umgesetzt.⁶ Deutschland gehört nicht dazu. Ein WHO-Bericht vom April 2022 dokumentiert akribisch den umfassenden Einsatz personalisierter digitaler Werbung beim Vertrieb von Säuglingsnahrung.⁷ Mit den Beteuerungen der Nahrungsmittelkonzerne, auf Werbung verzichten zu wollen, ist es also nicht weit her.

Die WHO geht heute davon aus, dass eine Optimierung des Stillens, was im Umkehrschluss den geringeren Einsatz von Milch-Ersatzprodukten bedeutet, die jährliche Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren um ca. 820.000 Leben reduzieren könnte.⁸ Dem steht allerdings die Bedeutung eines ständig wachsenden Marktes mit Milch-Ersatzprodukten gegenüber, dessen weltweites Volumen von der WHO mit 55 Mrd. US-\$ berechnet wurde. Durchaus ein Anreiz für konkurrierende Nahrungsmittelmultis, den Kodex wann immer möglich zu umgehen.

5 <https://www.who.int/news/item/22-02-2022-more-than-half-of-parents-and-pregnant-women-exposed-to-aggressive-formula-milk-marketing-who-unicef>

6 Zeit-Online 23.02.2022: WHO wirft Firmen skrupelloses Marketing vor; zuletzt aufgerufen 23.03.2023

7 <https://www.who.int/news/item/28-04-2022-who-reveals-shocking-extent-of-exploitative-formula-milk-marketing>; zuletzt aufgerufen 22.03.2023

8 <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/infant-and-young-child-feeding>; zuletzt aufgerufen 22.03.2023

Bernhard Winter ist niedergelassener Gastroenterologe in Offenbach und Co-Vorsitzender des vdä*.

Macht. Das Geschäft mit dem Essen

Heinrich-Böll-Stiftung

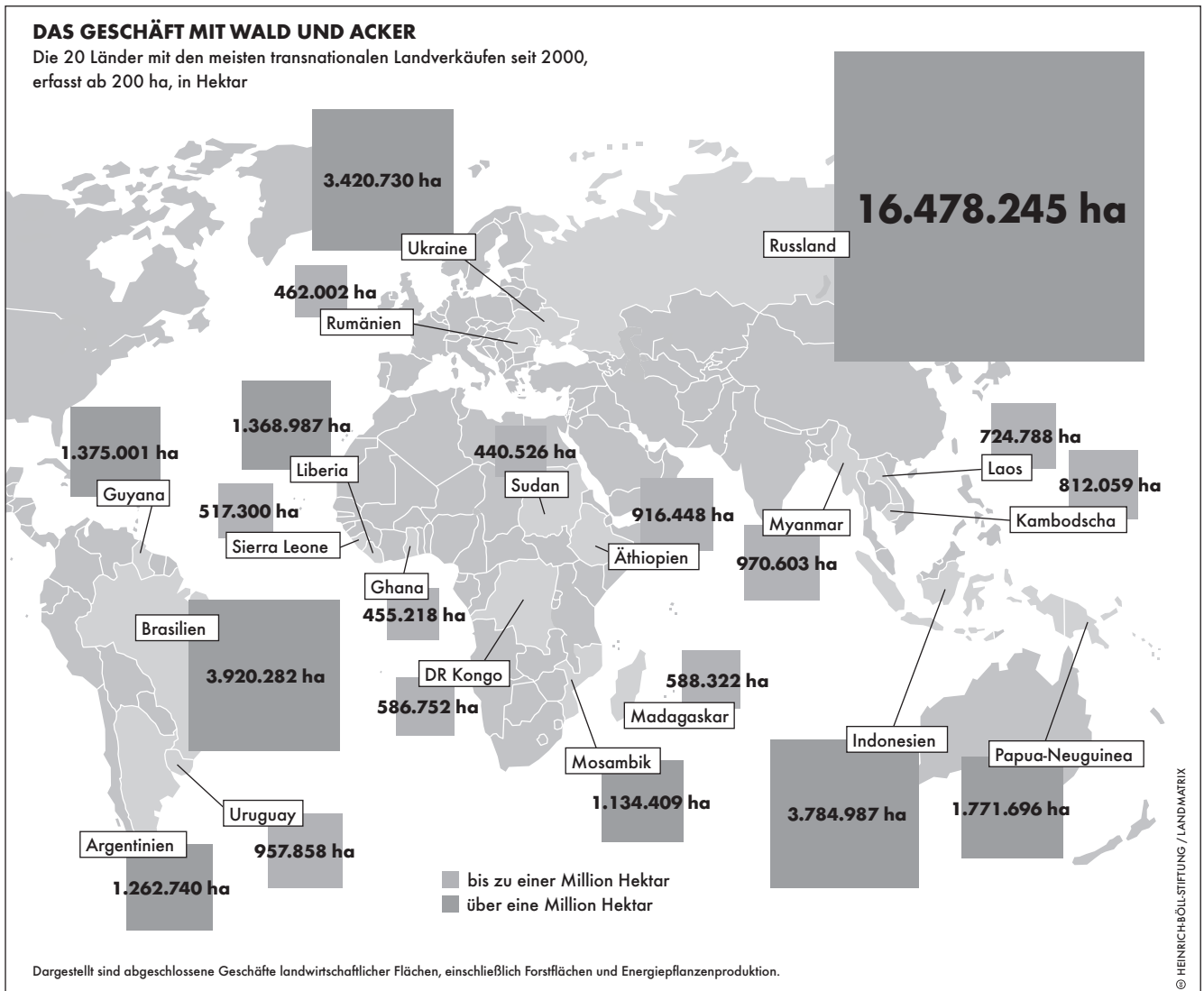
Vom Landbesitz über den Saatgutmarkt bis zum Lebensmitteleinzelhandel: Konzentration prägt die Wertschöpfungskette der Lebensmittelproduktion. Das Machtungleichgewicht zwischen großen Konzernen, Kleinbäuer*innen und Konsument*innen fördert Fehlernährung. Wir dokumentieren hier einen Text aus der Broschüre »Armut macht Hunger« der Heinrich-Böll-Stiftung von 2021.

Machtungleichheiten im Agrarsektor gibt es entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Sowohl auf globalen Märkten als auch auf lokaler und regionaler Ebene sind die Zugänge etwa zu Land, Saatgut, Wasser oder Bildung höchst ungleich verteilt. Dabei befördern sich ökonomische und politische Macht gegenseitig. Es entstehen auf Eliten zugeschnittene Politiken, die Hunger und Armut für Teile der Bevölkerung bedeuten und ökologische Krisen wie Klimawandel und Artensterben vorantreiben.

Ein Beispiel für Machtungleichheit ist die in vielen Ländern der Welt fehlende Landpolitik. Für die Ernährungssicherheit ist dies von zentraler Bedeutung, denn 80 Prozent der Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, leben auf dem Land. Landwirtschaft ist ihre wichtigste Einkommensquelle, häufig treiben sie Subsistenzwirtschaft. So schätzt die *UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO)*, dass von den weltweit 608 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben 84 Prozent auf weniger als zwei Hektar wirtschaften. Nur ein Prozent der Betriebe weltweit bewirtschaftet mehr als 50 Hektar. Werden Menschen von ihrem Land vertrieben, entfällt ihre Lebensgrundlage. Nach Berechnungen der *International Land Coalition* nimmt die Ungleichheit im Landbesitz seit den 1980er Jahren wieder zu. So wurden in Afrika in den Jahren zwischen 2000 und 2016 zehn Millionen Hektar Land für die großflächige Landwirtschaft erworben.

Nur etwa die Hälfte der abgeschlossenen Landkäufe sind heute produktive Betriebe. Im Umfeld von Großbetrieben sind Hunger und Armut häufiger als in kleinbäuerlich geprägten Strukturen. Noch gravierender ist das Ungleichgewicht, wenn die Verteilung von Land zwischen den Geschlechtern in die Betrachtung aufgenommen wird. Im globalen Süden sind nur zwischen 10 bis 20 Prozent der Landbesitzer*innen weiblich. In der Hälfte aller Länder weltweit ist es für Frauen sehr schwer bis unmöglich, Land zu besitzen. Dabei ist das Recht von Frauen auf Land und Eigentum zentral, um am Wirtschaftsleben teilnehmen, Nahrungsmittel produzieren und Einkommen erwirtschaften zu können.

Auch der Zugang zu lokal angepasstem Saatgut ist wichtig für die Ernährungssicherheit und steht im Gegensatz zu den Marktinteressen der großen Saatgutkonzerne. 50 Prozent des Marktes für kommerziell genutztes Saatgut teilen nur vier Unternehmen unter sich auf. Dazu gehören die deutsche *Bayer Crop Science* (inklusive *Monsanto*), das amerikanische Unternehmen *Corteva Agriscience*, *ChemChina/Syngenta* sowie *Vilmorin & Cie / Limagrain* aus Frankreich. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren seit Jahren, dass die großen Saatgutunternehmen Einfluss auf die Politik im globalen Süden nehmen, um sich die dortigen Saatgutmärkte zu erschließen. Unter anderem wollen sie die Gesetzgebung verändern und so die Freiheit der Bäuer*innen einschränken, Saatgut selbst zu vermehren, zu handeln oder



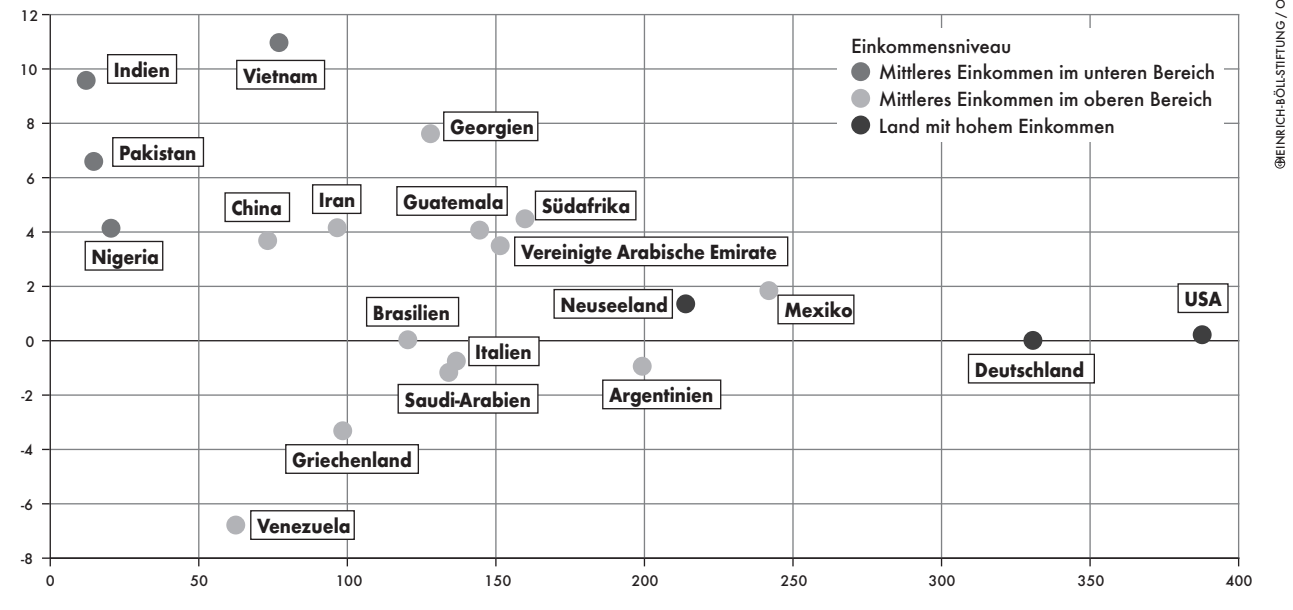
Vor zehn Jahren stieg das Interesse internationaler Investoren an Landkäufen stark an, vor allem in Asien und Osteuropa.
 Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0

zu tauschen. Folgen Bäuer*innen dem Rat von Beratungsprogrammen, Hybridsaatgut zu kaufen, können sie kein eigenes Saatgut mehr erzeugen. So können sie in eine Schuldenspirale geraten. Abgesehen davon erhöht die Vielfalt des traditionellen Saatguts die Chance, den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Eine Marktkonzentration mit besonders negativen gesundheitlichen Auswirkungen ist auf der Ebene der Lebensmittelhersteller zu beobachten. Die fünf größten Lebensmittelkonzerne der Welt, *Nestlé*, *PepsiCo*, *Anheuser-Busch InBev* sowie die Fleischkonzerne *JBS* und *Tyson Foods* erzielten 2019 jeweils einen Umsatz von über 40 Milliarden US-Dollar. Sie verfügen über einen globalen Marktanteil von 23 Prozent der Top 100 Nahrungsmittelhersteller. Ihr gemeinsamer Umsatz von 308 Milliarden US-Dollar im Jahr war höher als das Bruttoinlandsprodukt von Finnland. Auch diese Firmen nehmen politischen Einfluss, um ihre Marktanteile zu erhalten. Das zeigt zum Beispiel

STARKES WACHSTUM IN ARMEN LÄNDERN

Jährliche Wachstumsrate des Konsums hochverarbeiteter Lebensmittel in Prozent und ihr Konsum pro Kopf in Kilogramm, nach Ländern von 2009–2019, Auswahl



©HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG / OBESITY REVIEWS

In reichen Ländern wie Deutschland oder den USA stagniert der Konsum hochverarbeiteter Lebensmittel auf hohem Niveau.
 Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0

die 2016 unter dem Titel »Coke-Leaks« bekannt gewordene Email-Kommunikation zweier ehemaliger hochrangiger Coca-Cola-Manager. Ihr Schriftwechsel legt nahe, dass durch Auftragsstudien Forschungsergebnisse über die Gründe von Fettleibigkeit generiert werden sollten, die den Industrieinteressen entgegenkommen.

Die zivilgesellschaftliche Organisation *Corporate Europe Observatory* hat berechnet, dass die Lebensmittelindustrie in Europa mehr als 500 Millionen Euro für Lobbyarbeit gegen die Einführung des Nutri-Scores auf Lebensmitteln ausgegeben hat. Die Konzerne brachten eine eigene, freiwillige Kennzeichnung mit wesentlich geringerer Aussagekraft ins Spiel und beauftragten einen von ihr finanzierten Think-Tank mit wissenschaftlichen Studien. Diese sollten die Glaubwürdigkeit der eigenen Kennzeichnung erhöhen. Der weltweit wachsende Konsum hochverarbeiteter Lebensmittel, der immer höhere gesellschaftliche Kosten verursacht, ist auch ein Ergebnis dieser Lobbyanstrengungen.

(Quelle: Der Text ist zuerst erschienen in: Armut macht Hunger. Fakten zur globalen Ernährung 2021, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), September 2021 21 – Wir danken für die Nachdruckgenehmigung.)

Wenn das Wasser zur Ware wird

Über die Privatisierung des Wassers in Chile

Ruth Kries

Salvador Allende, 3 Jahre Hoffnung

Dieses Jahr markiert den 50. Jahrestag des Staatsstreichs, der die Regierung von Präsident Dr. Salvador Allende in Chile stürzte, dem weltweit ersten Marxisten, der durch einen demokratischen Prozess in diese Position gewählt wurde. Obwohl seine Regierung nur drei Jahre bestand, gelang es ihm, tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Maßnahmen umzusetzen, um den Bedürftigsten zu helfen. Noch bevor Allende sein Amt antrat, begannen die Vereinigten Staaten, angeführt von Nixon und Kissinger, und die CIA aufrührerische Versuche, Allende zu ermorden oder zu stürzen.

Pinochet, 17 Jahre Angst und Schrecken

Am 11. September 1973 ist es ihnen schließlich gelungen. Allende und Tausende von Chilen*innen wurden ermordet, Tausende verschwanden und über 100.000 wurden inhaftiert. 1.000.000 Menschen gingen ins Exil, dies sind mehr als 10% der Bevölkerung. Die vom Militär mit Hilfe der Vereinigten Staaten aufgezwungene Diktatur dauerte 17 Jahre. Sie brachte das neoliberale System hervor, das in Chile dank des Terrors der Diktatur erfolgreich implementiert wurde. 1980, sieben Jahre nach dem Putsch, erließ Pinochet eine neue Verfassung, in der der neoliberale schlanke Staat erklärt wurde: Privateigentum über alle Vermögenswerte des Landes wurde garantiert; dies ermöglichte die Privatisierung von natürlichen Ressourcen, grundlegenden Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Elektrizität, Telefone, Medien, Gesundheit und Bildung und natürlich auch Banken. Und zuletzt hatte dies die Entwicklung einer extraktiven Industrie ohne Respekt vor den Interessen der Natur und der Mehrheit der Bevölkerung zur Folge.

So begann das Drama, das Chile bis heute heimsucht: die Mega-Dürre. Obwohl das Land über eine der größten Süßwasserreserven der Welt verfügt, haben fast eine Million Chilen*innen keinen Zugang zu Trinkwasser, und mittelständische und kleine Landwirte müssen ihre Ernte aufgrund des Mangels an Wasser aufgeben.

Privateigentum über alle Vermögenswerte des Landes wurde garantiert; dies ermöglichte die Privatisierung von natürlichen Ressourcen, grundlegenden Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Elektrizität, Telefone, Medien, Gesundheit und Bildung und natürlich auch Banken. Und zuletzt hatte dies die Entwicklung einer extraktiven Industrie ohne Respekt vor den Interessen der Natur und der Mehrheit der Bevölkerung zur Folge.

Zwischen 1973 und 2016 wurden ca. 19% der einheimischen Wälder abgeholzt und größtenteils durch schnell wachsende Baumplantagen für den Export von Holz und Papier nach Europa, in die USA und andere Staaten des globalen Nordens ersetzt. Diese Plantagen bedeuteten eine neue massive Enteignung des Territoriums der indigenen Völker wie der Mapuche, die nicht nur ihres Landes, sondern auch ihrer Wasserressourcen beraubt wurden, wodurch die Dürre und damit die Zerstörung der Umwelt riesiger Gebiete zunehmen.

Pinochet übergab die Oberflächen- und Tiefengewässer den Geschäftsleuten zu ihrer bedingungslosen und unbegrenzten Nutzung. Diese »Wasserrechte«, die den damals mächtigen Geschäftsleuten kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, werden heute zu Wucherpreisen verkauft, an der Börse gehandelt und sind sogar mehr wert als die Avocado-Plantagen selbst, für die so viel Wasser gebraucht wird.

Vor dem Putsch war Chile auf einem großen Teil seiner 756.000 km² großen Fläche in der Mitte und im Süden von autochthonen Wäldern mit Eichen, Coigües, Araukarien, Lärchen usw. bedeckt, die einige tausend Jahre alt sind. Zwischen 1973 und 2016 wurden ca. 19% der einheimischen Wälder abgeholzt und größtenteils durch schnell wachsende Baumplantagen für den Export von Holz und Papier nach Europa, in die USA und andere Staaten des globalen Nordens ersetzt. Diese Plantagen bedeuteten eine neue massive Enteignung des Territoriums der indigenen Völker wie der Mapuche, die nicht nur ihres Landes, sondern auch ihrer Wasserressourcen beraubt wurden, wodurch die Dürre und damit die Zerstörung der Umwelt riesiger Gebiete zunehmen.

Die Diktatur ging aber das System blieb

Chile geht inmitten der schlimmsten Wasserkrise aller Zeiten das Wasser aus. Die Regierung weist auf eine Verringerung der Ressourcen um fast 40% hin. Der Wasserstand der Flüsse ist auf einem historischen Tief und es gibt landesweit einen Rückgang der Niederschläge zwischen 60% und 80%. Laut dem *World Resources Institute* gehört das Land bis zum Jahr 2025 zu den 30 Ländern mit dem höchsten Wasserrisiko der Welt.

I Die OECD nennt als Hauptrisiken im Zusammenhang mit Wasser: das Risiko von zu viel, zu wenig und zu verschmutztem Wasser sowie die Störung von Süßwassersystemen. Darüber hinaus kann der fehlende Zugang zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung als weiteres wasserbezogenes Risiko betrachtet werden. Vgl. <https://www.oecd.org/water/risks-disasters-and-climate-change.htm>

Tatsächlich leben laut der *Generaldirektion für Wasser (DGA)* heute 47,7 % der chilenischen Bevölkerung unter Bedingungen der Wasserknappheit.

Die während der Pinochet-Diktatur erlassene chilenische Verfassung von 1981 betrachtet Wasser als soziales, aber auch als wirtschaftliches Gut. Sie trennt sein Eigentum von der Domäne des Staates, der die Rechte zur Nutzung des Wassers an Private vergibt – und zwar kostenlos.

Dies wurde nach der demokratischen Wende beibehalten und sogar vertieft, da auch das Wasser für die Privathaushalte privatisiert wurde. Dieser weitere Privatisierungsprozess begann 1998 unter der Leitung des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei Ruiz-Tagle. Heutzutage zahlen die Menschen in Chile die höchsten Gebühren in ganz Lateinamerika für Trinkwasser, das sich im Besitz großer transnationaler Konzerne befindet. Insgesamt kontrollieren die Suez-Gruppe, Aguas de Barcelona, Marubeni und der Ontario Teachers' Pension Fund Administrator aus Kanada 90 Prozent der Trinkwasserversorgung. Die Regierung von Präsident Sebastián Piñera, dem Vorgänger vom derzeitigen Präsidenten, erließ ein Gesetz, das es ihm erlaubte, mit der Versteigerung chilenischer Flüsse zu beginnen. Diesmal kann man Aktien kaufen, die es einem ermöglichen, das Wasser eines bestimmten Flusses entsprechend seiner Strömung in Litern pro Sekunde zu nutzen. Der Fluss Maipo beispielsweise hat 8.130 Anteile, ein Anteil kostet etwa 67 Millionen chilenische Pesos (knapp 72.000 Euro) und gibt das Recht auf maximal 34 Liter pro Sekunde. Piñera kam an die Regierung mit der Mission, die Rechtssicherheit des Eigentums an Wasserrechten zu untermauern. Seinem Kabinett gehörten mehrere Minister*innen an, die Rechte zur Wassernutzung besitzen. Der prominenteste von ihnen ist der Landwirtschaftsminister Antonio Walker Prieto. Er und seine Familie besitzen mehr als 29.000 Liter pro Sekunde, was dem kontinuierlichen Wasserverbrauch von etwa 17 Millionen Menschen entspricht.

Wasserintensive Rohstoffindustrien haben sich die chilenische Formel zunutze gemacht, um Grundwasserleiter

zu übernutzen, Flüsse umzuleiten und Ackerland auszutrocknen, wie es bei den Mega-Avocado-Plantagen in Petorca in der Region Valparaíso oder den Holzfällergebieten in den Regionen Araucanía und Biobío im Süden der Fall ist. Inzwischen sind die Bewohner*innen dieser Gebiete gezwungen, sich mit Zisternenlastwagen zu versorgen oder Wasser zu rationieren.

Der Fall Petorca

Die Provinz Petorca liegt rund 200 km nördlich von Santiago, der Hauptstadt Chiles, und ist das Zentrum des Avocado-Anbaus in Chile. Mehr als die Hälfte der chilenischen Produktion stammt aus dieser Region. Die Produktion ist fest in den Händen großer Agrarunternehmen, die als Ergebnis des unerbittlichen Profitsystems, das während der Pinochet-Diktatur eingeführt und dann während der nachfolgenden Zivilregierungen verewigt wurde, die Wasserrechte erworben haben. Aufgrund des Anbaus von Avocados sind die Flüsse und Kanäle in Petorca ausgetrocknet. Obwohl der Wasservorrat der Flüsse Petorca 1997 und La Ligua 2004 für erschöpft erklärt wurden, konnten große Agrarunternehmen die Wassernutzungsrechte erhalten, auch wenn die Becken ausgeschöpft waren. Diese Unternehmer, die sich der Produktion und dem Export von Avocados verschrieben haben, erhöhen kontinuierlich die Produktion von Avocados, denn das Geschäft ist äußerst profitabel. Tonnen Avocados werden hauptsächlich aus Mexiko, aber auch aus Chile, Peru, Israel usw. nach Europa exportiert.

Es sind nicht die 30 Pesos,
es sind die 30 Jahre.

Unter diesem Motto gingen Chilen*innen im Oktober 2019 auf die Straße, um zu protestieren: Zunächst wegen der Preiserhöhung für Metro-Tickets und dann wegen der dramatischen Situation, die das Land in Bezug auf Bildung, Gesundheit und Armut erlebte – kurz gesagt, wegen der Unerbittlichkeit des erlebten Mangels an sozialer Gerechtigkeit. Millionen protestierten und forderten radikale Veränderungen durch eine neue Verfassung. Der neue Verfassungstext erklärt Wasser zu einem natürlichen Gemeingut, das sich nicht in der Wassergesetzgebung aneignen lässt. Er besagt, dass »die Ausübung des Menschenrechts auf Wasser, sanitäre Einrichtungen und das Gleichgewicht der Ökosysteme immer Vorrang haben werde« und dass es eine Pflicht des Staates sei, »Wasser in all seinen Zuständen und Phasen zu schützen«. Das Mandat des Rechts auf Wasser, der Entprivatisierung, sei klar und die Regeln zur Umsetzung dieses Mandats müssen partizipativ sein, mit Rücksprache mit den indigenen Völkern und mit einem Prozess der Bürgerbeteiligung, welcher auf ein populäres Gesetz des Wassers baue. Der Volksaufstand vom Oktober 2019 bis März 2021 wurde mit einem Kompromiss beendet: Eine neue Verfassung sollte demokratisch geschrieben werden. Der vom Verfassungskonvent vorgeschlagene Text wurde aber bei der Volksabstimmung im September letzten Jahres abgelehnt. Die Gründe sind vielfältig und schwer zusammenzufassen. Der heutige Präsident Gabriel Boric hat beim Amtsantritt die Verstaatlichung der Wasserversorgung versprochen. Seine Personalpolitik deutet aber auf das Gegenteil hin: Seit März 2023 hat er Jessica López zur Ministerin für Öffentliche Bauten gemacht – eine ehemalige Lobbyistin der privaten Wasserkonzerne. Es ist also nicht zu erwarten, dass etwas besser wird durch diese – vermeintlich – linke Regierung. Der Kampf geht weiter!

Ruth Kries ist Kinderärztin und arbeitete bis zum Putsch von Pinochet in Chile; sie lebt und arbeitet seit ihrer Flucht 1973 in Deutschland und ist hier weiter politisch aktiv.

Quellenverzeichnis

- Nürnberger Menschenrechtspreis: Mundaca und der Kampf ums Wasser. Für seinen Kampf um den freien Zugang zu Wasser in Chile wird Rodrigo Mundaca mit dem Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis ausgezeichnet, Interview von Michael Husarek und Gabi Eisenack am 22.9.2019, <https://www.nordbayern.de/politik/nurnberger-menschenrechtspreis-mundaca-und-der-kampf-ums-wasser-1.9347503>
- Geographie: Wassermangel durch Avocadoanbau? 1.000 Liter für drei Früchte
- Meritxell Freixas: La sequía empuja al país rey de la privatización del agua a repensarse la gran pregunta, in: El Confidencial 30.08.2022; https://www.elconfidencial.com/mundo/2022-08-30/sequia-empuja-pais-rey-privatizacion-agua-repensar_3481336/
- Chile has entirely privatised water, which means that theft is institutionalised, Interview with Rorigo Mundaca, in: Civicus MONITOR Interviews, 12. Februar 2020, <https://www.civicus.org/index.php/media-resources/news/interviews/4271-chile-has-entirely-privatised-water-which-means-that->

Krankenhausesen verschlechtert Heilungschancen

Martin Rücker

Dieser Text wurde zuerst im gemeinnützigen Online-Magazin »Med-watch« veröffentlicht, das sich der Recherche verschrieben hat und das Netz scannt nach gefährlichen und unseriösen Heilsversprechen. Martin Rücker diskutiert hier zunächst das Problem von Patient*innen, die mangelernährt ins Krankenhaus kommen und dort oft nicht entsprechend behandelt und ernährt werden. Zwangsläufig kommt der Text zum grundsätzlichen Problem der Ernährung im Krankenhaus, das sich im ökonomisierten Gesundheitswesen auch als eine Kostenfrage darstellt.

Das Essen im Krankenhaus beeinflusst die Heilungschancen von Patient*innen – oftmals zum Schlechten. Jeder vierte Krankenhauspatient ist von Mangelernährung betroffen. Die Folgen – mehr Komplikationen, schlechtere Heilungsverläufe, höhere Sterblichkeitsraten – sind wissenschaftlich gut beschrieben. Politisch wird das Problem hingegen weitgehend ignoriert. Dabei gibt auch die Corona-Pandemie Anlass, die durch Krankenhausesen verursachte Mangelernährung und die daraus resultierenden Folgen anzugehen.

Als die US-amerikanische *Agentur für Forschung und Qualität im Gesundheitswesen (AHRQ)* im Oktober 2021 ihre große systematische Review zum Thema Mangelernährung in Kliniken vorlegte, sah sie vieles klar belegt: Dass schon mangelernährte Patient*innen, die aufgrund einer schwerwiegenden Erkrankung ins Krankenhaus müssen, mit schlechteren Heilungsverläufen rechnen müssen. Sie sah, dass es bei ihnen häufiger zu Komplikationen kommt. Auch fand die US-Behörde deutliche Hinweise dafür, dass sie länger in der Klinik bleiben müssen und die Sterblichkeitsquote unter ihnen im Vergleich zu gut Genährten größer ist. Dafür hatte sie Studien aus 20 Jahren ausgewertet.

Essen im Krankenhaus: Jeder vierte von Mangelernährung betroffen

In Deutschland hatte die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE)* 2019 versucht, das Thema Mangelernährung durch Krankenhausesen in die öffentliche Diskussion zu bringen. Dies sei ein »relevantes Gesundheitsproblem« mit »gravierenden Folgen«, warnte sie. Auch deshalb, weil es sich keineswegs um ein Randphänomen handelt. Am »Nutrition Day« 2018 – der gleichnamigen Initiative zur Untersuchung der Ernährungssituation in Kli-

niken – hatte die DGE für einen Stichtag Informationen über 767 Patient*innen in 48 deutschen Krankenhausstationen ausgewertet. Mehr als 35 Prozent der Patient*innen stufte sie anhand internationaler Kriterien als mangelernährt ein. Immer wieder taxieren Studien den Anteil der Patient*innen mit einem erheblichen Risiko für Mangelernährung auf ein Viertel aller Klinikpatient*innen oder sogar mehr. So auch eine Studie speziell über die Ernährungslage in deutschen Krankenhäusern. Betroffene Patient*innen werden mit Mangelernährung aufgenommen – während ihrem aber Aufenthalt schafft die Klinik jedoch keine Abhilfe, sondern trägt durch ein mangelhaftes Essensangebot und fehlende ernährungstherapeutische Betreuung oftmals sogar noch dazu bei, das Problem zu vergrößern. Die Auswirkungen für die Betroffenen sind groß.

Zu den Folgen einer Mangelernährung durch Krankenhausessen – dazu zählen erhöhte Infektanfälligkeit, gestörte Wundheilung, längere Genesungsprozesse, erhöhte Sterblichkeit – gibt es eindeutige Befunde. Die österreichische Ernährungswissenschaftlerin Angelika Beirer wertete für eine 2021 veröffentlichte Übersichtsarbeit die weltweite Forschung zum Thema Mangelernährung und Krebs aus. Sie kommt auf dieser Basis zu dem Schluss, dass bei bis zu 20 Prozent der verstorbenen Krebspatient*innen nicht ihre Erkrankung, sondern Mangelernährung die Todesursache ist. Andere Studien kamen teilweise zu noch höheren Anteilen, wie z.B. eine Untersuchung bezüglich der Ernährung von Tumorpatienten.

Krankhausessen: Der »Elefant im Raum«

Für den US-amerikanischen Onkologen Declan Walsh ist das Thema der unvorteilhaften Ernährung in der Krebsmedizin ein »Elefant im Raum«: Alle wissen, dass er da ist – doch niemand kümmert sich so richtig um ihn. Die Beobachtung lässt sich auf viele andere medizinische Bereiche übertragen. Neben Tumorerkrankten sind besonders Menschen mit Magen-Darm-Erkrankungen und Patient*innen der Geriatrie (Altersmedizin) von Fehlernährung betroffen. Bei Älteren, denen es oft an ausreichend Eiweiß fehlt, kommt es häufiger zu Stürzen und funktionellen Einschränkungen, auch sie sterben unabhängig vom Alter häufiger im Krankenhaus als Normalgenährte, wie eine vor wenigen Monaten veröffentlichte Auswertung der Hochschule Esslingen zur Ernährung im Krankenhaus nahelegt.

Essen im Krankenhaus auf keiner politischen Agenda

Kurzum: Das Thema Krankenhausessen und die damit zusammenhängende Mangelernährung sei »essenziell

für Millionen Patient*innen«, kommentiert Martin Smollich, Professor für Pharmakonutrition am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein – »und trotzdem bei keiner Partei auf der politischen Agenda.« Das war keineswegs immer so. Im Jahr 2003 verabschiedete der Europarat eine Resolution, in der er die Zahl mangelernährter Krankenhauspatient*innen als »inakzeptabel« bezeichnete. Im Anhang: eine lange Liste dringender Empfehlungen, was gegen das Problem zu tun sei. Was wurde daraus, bald 20 Jahre danach?

Das Bundesgesundheitsministerium hat dazu »keine Erkenntnisse«, teilt es auf Anfrage mit. Politischen Handlungsbedarf sah es bisher ohnehin nicht: »Für die Verpflegung im Krankenhaus sind die Kliniken im Rahmen ihrer Organisationshoheit selbst verantwortlich. Eine gesunde und patientenorientierte Verpflegung erscheint insoweit als Aspekt, bei dem sich die Krankenhäuser im Wettbewerb um die Patientinnen und Patienten in eigenem Interesse engagieren«, hieß es Mitte 2020, noch unter Leitung des CDU-Politikers Jens Spahn, in einer Antwort des Ministeriums auf eine parlamentarische Anfrage zur Mangelernährung durch Krankenhausessen in Kliniken und Pflegeheimen. Den Positionen habe es »heute nichts hinzufügen«, erklärt eine Sprecherin auf MedWatch-Anfrage im Januar 2022, verwies dabei aber auch auf die noch kurze Amtszeit der neuen Regierung und darauf, dass die Priorität bei der Pandemiebekämpfung liege.

Mangelernährung als Risikofaktor in der Corona-Pandemie

Doch gerade für die Pandemiebekämpfung ist das Thema von Bedeutung: Erste Studien deuten darauf hin, dass Mangelernährung ein Risikofaktor für schwere COVID-19-Verläufe ist. Aus Sicht der *Europäischen Gesellschaft für klinische Ernährung und Stoffwechsel (ESPEN)* gehören mangelernährte Menschen zu den Personengruppen mit der höchsten Sterblichkeit an COVID-19, weshalb sich die Gesellschaft für ein konsequentes Screening und eine Integration von Ernährungstherapie in die Behandlung ausspricht. Zur Rolle von Mangelernährung in der Pandemie erklärt das Bundesgesundheitsministerium abermals: »Dazu haben wir keine Erkenntnisse.«

Was muss sich ändern?

Die Verbände verlangen Veränderungen vom Medizinstudium bis hin zur klinischen Praxis. So sollen Hochschulen Lehrstühle für Ernährungsmedizin einrichten und die bisher nur rudimentär vorkommenden Ernährungsinhalte stärker in die Curricula bringen – die *Bundesvertretung der Medizinstudierenden* sekundierte jüngst in

einem Positionspapier. Bis hin zu den Ärzt*innen fehlt in vielen Gesundheitsberufen die Kompetenz für Ernährungsbelange.

Fachgesellschaften sind da weiter. Nicht nur aktuell bei COVID-19-Erkrankten fordern sie ein konsequentes Ernährungsmanagement an den Kliniken, sondern seit Langem grundsätzlich. »70-80 Prozent aller Krankheiten haben eine Ernährungsursache, einen Ernährungshintergrund oder eine ernährungstherapeutische Konsequenz«, heißt es in einem Papier des *Bundesverbandes Deutscher Ernährungsmediziner (BDEM)*, der *Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin (DGEM)* und der *Deutschen Akademie für Ernährungsmedizin (DAEM)*.

Für eine Verankerung der Ernährungstherapie im zur Krankenhausfinanzierung angewandten Fallpauschalensystem (DRG) und verbindliche Leistungsbeschreibungen spricht sich gegenüber MedWatch auch der *Verband der Diätassistenten (VDD)* aus. Patient*innen müssten auf Mangelernährung gescreent, die Verpflegung auf die individuellen Bedarfe angepasst werden: Darin sind sich viele Verbände einig.

Aus Sicht des VDD müsste in jeder Klinik eine eigene Abteilung für das Ernährungsmanagement zuständig sein – nach dem Vorbild der Physiotherapie. Wie dort, sollen Ärzt*innen zudem auch im ambulanten Bereich bei Bedarf Verordnungen für Ernährungstherapie ausstellen können, so dass diese zur Kassenleistung würde: »Nur so kann die Mangelernährung dort, wo sie meist entsteht – nämlich im häuslichen Umfeld – nachhaltig bekämpft werden«, so VDD-Präsidentin Uta Köpcke.

Milliardenkosten im Gesundheitssystem

Schaffte es das Thema Mangelernährung im Krankenhaus einmal prominent auf die politische Agenda, gaben vor allem ökonomische Gründe den Anlass. Wie 2009, als eine internationale Konferenz auf Einladung der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft das Ziel ausgab, Mangelernährung zu »stoppen«.

Zuvor hatte Olle Ljungqvist, damaliger Präsident der *Europäischen Gesellschaft für klinische Ernährung und Stoffwechsel (ESPEN)*, eine Schätzung veröffentlicht, der zufolge Mangelernährung in den europäischen Gesundheitssystemen jährliche Kosten von mindestens 170 Milliarden Euro verursache. Für diese Angabe hatte der Chirurg britische Daten hochgerechnet. Exakte Daten gibt es bis heute nicht. 2007 schätzte die Unternehmensberatung *Cepton* in einer industrienahe Studie die im deutschen Gesundheitssystem anfallenden Kosten mit neun Milliarden Euro. Der größte Teil – fünf Milliarden Euro – entstehe demnach in den Kliniken infolge höherer Behandlungskosten und längerer Aufenthalte. Weshalb es für die Krankenhäuser sogar betriebswirtschaftlich vorteilhaft sein dürfte, in Ernährungstherapie zu investieren: Mit vergleichsweise überschaubarem Ressourceneinsatz ließen sich Aufenthaltsdauern verkürzen und die Kosten für die auf-

wändigere Behandlung mangelernährter Menschen senken.

Krankenhausesen: Fünf Euro für Lebensmittel am Tag

Die Tendenz ist eher gegenläufig. An den Kliniken heißt es Kosten sparen: Einer Befragung des Deutschen Krankenhausinstituts zufolge gaben sie 2018 rund fünf Euro pro Tag und Person für Lebensmittel aus – preisbereinigt 14 Prozent weniger als noch 2006. Verbindliche Qualitätsvorgaben für die Verpflegung fehlen. Auch die Stellen für Diätassistent*innen gehen deutlich zurück. Bei der von der DGE ausgewerteten Stichtagsuntersuchung von 2018 meldeten gerade einmal fünf der 48 teilnehmenden Stationen, dass sie entsprechende Stellen vorhielten.

Am Nachweis des medizinischen Nutzens fehlt es dabei nicht. Kompetente Ernährungsteams können mit einer auf die individuellen Bedürfnisse der Patient*innen eingestellten Ernährung das Wohlbefinden und die Heilungschancen der Erkrankten verbessern, ihre Leidenszeiten verkürzen und die Überlebenschancen erhöhen. Das belegt eine Schweizer Studie über Ernährung in Kliniken. Für die im Fachjournal *The Lancet* publizierte Untersuchung hatte die Forschergruppe zwischen 2014 und 2018 mit rund 2.000 Patient*innen an acht Kliniken in der Schweiz eine Interventionsstudie durchgeführt. Die Patient*innen waren mit unterschiedlichen Diagnosen – Infektionen, Krebs, Herz-Kreislauf-, Magen-Darm-, Lungen-, Nieren- oder Stoffwechselerkrankungen – in die Klinik gekommen und zeigten zudem Anzeichen von Mangelernährung.

In der Studie erhielt eine Hälfte der Erkrankten die übliche Krankenhauskost. Bei der anderen Hälfte stimmten Diätassistenten die Verpflegung gezielt auf die individuellen Bedürfnisse ab, insbesondere bei der Kalorienmenge, dem Eiweißanteil und Nährstoffgehalt, und sie berieten die Menschen. Das zeigte Wirkung: In der Gruppe mit Ernährungstherapie hatten die Menschen nach 30 Tagen ein um 21 Prozent niedrigeres Risiko für schwerwiegende Komplikationen oder eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes als jene Patient*innen, die die übliche Krankenhauskost erhielten.

Ernährungstherapie senkt Sterblichkeit

Trotz des kurzen Zeitraums der Intervention konnte eine Umstellung der Ernährung bereits in den wenigen Tagen des Klinikaufenthaltes einen Unterschied ausmachen – im Zweifel einen entscheidenden: In der Schweizer Studie waren nach 30 Tagen zehn Prozent der Menschen, die mit üblicher Krankenhauskost versorgt wurden, verstorben. Aus der Interventionsgruppe traf dies »nur« auf sieben Prozent zu. Das Risiko, in diesem Zeitraum zu sterben, war mit Ernährungstherapie also um 35 Prozent verringert. Im Zweifelsfall könnte eine konsequente Intervention also über Leben oder Tod entscheiden.

An den Kliniken heißt es: Kosten sparen. Einer Befragung des Deutschen Krankenhausinstituts zufolge gaben sie 2018 rund fünf Euro pro Tag und Person für Lebensmittel aus – preisbereinigt 14 Prozent weniger als noch 2006. Verbindliche Qualitätsvorgaben für die Verpflegung fehlen.

Ein Schluss, den die US-Agentur für Forschung und Qualität im Gesundheitswesen teilt. In ihrem Review bestätigt sie die »Hinweise darauf, dass auf Mangelernährung ausgerichtete, vom Krankenhaus initiierte Maßnahmen die Sterblichkeit wahrscheinlich verringern und die Lebensqualität im Vergleich zu herkömmlich versorgten Patienten verbessern könnten.«

Was sagt die Politik zur Bekämpfung von Mangelernährung durch Krankenhausesen?

Dennoch adressiert der Koalitionsvertrag des Ampelbündnisses die Problematik der Mangelernährung in Kliniken nicht. »Die Umsetzung und die entsprechende Finanzierung der Verbesserung von Ernährung im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen wurden nicht konkret vereinbart«, teilt die stellvertretende Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Maria Klein-Schmeink, auf Anfrage mit. »Diese Fragen werden im Zuge der Ernäh-

rungsstrategie behandelt werden.« Eine solche ist bis 2023 angekündigt.

Im Vertrag gibt es noch einen weiteren Anknüpfungspunkt: In der Gemeinschaftsverpflegung will die Koalition die Qualitätsstandards der DGE als Standard »etablieren«. Was damit gemeint ist, ob die Ampel die Empfehlungen für eine ausgewogene Kost in Kliniken zur gesetzlichen Pflicht erklären möchte, bleibt offen – auch nach Anfrage bei allen Koalitionsparteien.

»Ja, die DGE-Standards sollen verbindlich eingeführt werden«, sagt zwar Katja Pähle, SPD-Fraktionschefin im Landtag von Sachsen-Anhalt und federführende Unterhändlerin ihrer Partei für die Gesundheitspolitik im Koalitionsvertrag. Zwischen den Ampelpartnern gebe es jedoch »nur im Grundsatz« eine Verständigung darauf – welche Einrichtungen gemeint sind, »ist im Detail noch zu klären«. Aus Sicht von Pähle sollten Krankenhäuser und Pflegeheime dazu gehören: Sie wolle sich »gerne dafür einsetzen«.

Martin Rücker ist freier Journalist in Berlin und als ehemaliger Parlamentskorrespondent vor allem in der politischen Berichterstattung zu Hause. Er ist Autor des Buchs: »Ihr macht uns krank. Die fatalen Folgen deutscher Ernährungspolitik und die Macht der Lebensmittellobby«, ECON-Verlag 2022

(Quelle: Der Text ist zuerst erschienen auf der Homepage vom Medwatch am 21. Januar 2022; darin finden sich auch alle Links und Literaturhinweise: <https://medwatch.de/ernaehrung/mangelernaehrung-krankenhausesenheilungschancen-oftmals-schlechter/>)

Richtig Essen lehren

Interview mit Mitgliedern von PAN aus München

Die Physicians Association for Nutrition – PAN wurde 2018 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, Medizinstudierende und Ärzt*innen darüber aufzuklären, wie Ernährung als wirksames Instrument in der Behandlung ihrer Patient*innen eingesetzt werden kann.

Julius: Vielleicht könntet Ihr Euch nacheinander ganz kurz vorstellen, wie Ihr heißt, wo Ihr im Studium gerade seid und vielleicht wann Ihr zu der Gruppe gekommen seid.

Manu: Ich bin Manuela, bin 23 Jahre alt und aktuell im siebten Semester an der TU München. Bei PAN bin ich seit dem zweiten Semester und darauf gekommen bin ich durch die Vorlesungsreihe: »lss Das!«, die PAN fast jedes Semester veranstaltet. Sie wird deutschlandweit angeboten und von Studierenden gemeinsam mit Expert*innen aus der Ernährungsmedizin organisiert. Damals hat mich das Thema persönlich sehr interessiert und ich bin über die Website von PAN auf die sogenannten PAN University Groups gestoßen. Zu der Zeit gab es in München gerade eine frisch gegründete Gruppe und seitdem engagiere ich mich bei PAN. Es war am Anfang zwar schwierig, da wir durch die COVID-Pandemie viel über Zoom machen mussten und wenig persönlichen Austausch in Präsenz hatten. Aber das hat sich in letzter Zeit sehr gebessert.

Julius: Also schon einige Zeit, die Du da bist. Zweieinhalb Jahre dann, oder? Und Lukas?

Lukas: Ja, hi, ich bin Lukas und 29 Jahre alt. Ich habe ursprünglich Gesundheits- und Krankenpflege gelernt und fünf Jahre als Pfleger gearbeitet und dann mich für das Medizinstudium entschieden. Im Rahmen meiner Arbeit als Pfleger auf einer kardiologischen Station, habe ich mich sehr für Ernährung interessiert. Indem ich meine Ernährung selbst komplett umstellte, konnte ich einiges an Körpergewicht abnehmen. Zu Beginn des Studiums hoffte ich, dass ich dann gleich zu dem Thema Ernährung Input bekommen würde. Das war leider

nicht der Fall, auch wenn man beispielsweise in der Biochemie sehr viel darüber lernen könnte. Nachdem ich einen Podcast von Amboss mit einem der Gründer von PAN über Ernährung in der Medizin gehört habe, bin ich Anfang 2020 zur University Group in München gestoßen. Gemeinsam mit einer Kommilitonin gründete ich dann an der LMU ebenfalls eine PAN-Gruppe.

Julius: Manu, vielleicht könntest Du nochmal PAN insgesamt vorstellen?

Manu: PAN ist ein gemeinnütziger Verein, der 2018 in München gegründet wurde und der seinen Sitz auch noch immer in München hat. Der Name steht für Physicians Association for Nutrition. Eines der Ziele von PAN ist es, eine nachhaltige und pflanzenbasierte Ernährung und das Wissen darüber im medizinischen Curriculum, also unter Studierenden, zu verankern. Zudem sollen Menschen in medizinischen Berufen fortgebildet, aufgeklärt und sensibilisiert werden. Ursprünglich wurde der Verein in Deutschland gegründet, aber mittlerweile gibt es Ableger u.a. in der Schweiz, in den USA und Südafrika. Themen sind Ernährung im Krankenhaus, Nachhaltigkeit und eine pflanzenbasierte Ernährung. Zusammenfassend könnte man sagen, ist die Vision, Ernährung den Stellenwert einzuräumen, den sie in der Prävention und Kurierung von Erkrankungen haben kann.

Julius: Ihr beide seid jetzt ehrenamtlich aktiv in München. Wie sieht denn die Arbeit so aus?

Lukas: Die Vorlesungsreihen werden von PAN organisiert und wir sind dann für die Kommunikation zwischen der Universität und dem Verein zuständig und dafür, dass die Teilnehmenden alle

wichtigen Informationen erhalten. Als Arbeitskreis treffen wir uns zudem regelmäßig während des Semesters. Da haben wir fixe Termine, an denen wir uns zweimal im Monat treffen und über Organisatorisches und weitere Veranstaltungsideen sprechen. Außerdem organisieren wir auch Wissens-Events für unsere Gruppe, zu denen wir Ernährungsmediziner*innen einladen. Und dann gibt es sogenannte Spaß-Events, bei denen wir gemeinsam kochen, essen und über bestimmte Themen sprechen.

Julius: Wie groß ist die Gruppe aktuell in München? Ist PAN nur für Medizinstudierende?

Lukas: In unserer Gruppe sind wir derzeit 38 Mitglieder und wir sind nicht nur Medizinstudent*innen, sondern auch Student*innen aus anderen Fachbereichen.

Manu: Aktuell, glaube ich, sind wir Ernährungswissenschaftler*innen und Mediziner*innen. Das Problem dabei ist, zwischen aktiven und inaktiven Mitgliedern zu unterscheiden. Bei unseren Präsenztreffen sind wir ca. 15 Leute. Je nach Semester- oder vor allem Klausurenphase variiert die Gruppengröße. Im festen Kern sind wir 7 bis 10 Leute, die ständig verlässlich dabei sind und auch teilweise schon sehr lange.

Julius: Noch mal zum Medizinstudium: Ihr habt ja beide gesagt, dass das Thema Gesundheit und Ernährung da nahezu gar nicht vorkommt, weder als eigenes Fach, noch in den anderen Fächern. Wie schätzt Ihr denn das Interesse von anderen Medizinstudierenden ein? Also denkt Ihr, dass da insgesamt ein Interesse da ist und es einfach zu wenig Angebote gibt?

Manu: Meiner Einschätzung nach: ja. Bei den meisten Mitstudierenden, mit

denen ich rede, herrscht Interesse; aber teilweise auch Unsicherheit, wie man das Thema angeht, wie man das kommuniziert. Oft kursiert auch viel Halbwissen. Da ist es einerseits wichtig, das Angebot zu schaffen, andererseits auch zu vermitteln, wie man das richtig kommuniziert. Das Thema Ernährung kann ja doch ein sehr individuelles Thema sein, bei dem sich Menschen schnell in ihrem persönlichen Ermessens- oder Entscheidungsspielraum angegriffen fühlen. Das ist ein Thema, was viele meiner Mitstudierenden auch bemerken, wo sie auch ansetzen wollen, aber teils einfach nicht wissen, wie. Wir hatten dieses Semester eine interdisziplinäre Vorlesung. Dort hatten wir genau eine Vorlesung zum Thema Ernährung. Die war zwar gut, aber eineinhalb Stunden decken nicht das ab, was man vermitteln sollte in der medizinischen Lehre. Da sehe ich noch viel Aufholbedarf.

Julius: Lukas, wie siehst Du das?

Lukas: Ich würde noch folgendes ergänzen: Wir sind fast Tausend Medizinstudent*innen pro Jahrgang in München und sind jetzt aktuell mit den 38 mal aktiven, mal inaktiven Mitgliedern verhältnismäßig wenige. Da das Thema Ernährung im Studium kaum besprochen oder thematisiert wird, vermute ich, dass viele gar nicht auf die Idee kommen, das könnte interessant oder klinisch wichtig sein.

Julius: Habt Ihr denn einen Austausch oder Bezugspunkte zur Lehre?

Lukas: Wir sind als Arbeitskreis an der LMU ein Teil der Fachschaft. Die Arbeitskreise gehören dazu und werden von der Fachschaft auch finanziell unterstützt. Insofern haben wir auch die Möglichkeiten, über das Portal und über die Fachschaft Werbung für unsere Veranstaltungen zu machen.

Julius: Seid Ihr da auch in Kontakt mit den Fakultäten? Also z.B. die Fakultät für Allgemeinmedizin oder Innere Medizin?

Lukas: Also ich nicht.

Manu: Wir sind zwar eine Hochschulgruppe aber keine Fachschaftsgruppe. Die Fachschaft in München möchte nämlich unabhängig von Vereinen sein. Die andere Sache ist, dass es an der TUM tatsächlich ein Institut für Ernährungsmedizin gibt, das auch aktiv ist. Mit denen haben wir zwar immer wieder versucht, in Austausch zu treten. Das funktioniert mal mehr, mal weniger.

Julius: Gibt es denn andere Gruppen, mit denen Ihr zusammenarbeitet oder einen Austausch habt?

Lukas: Wir haben ein Mitglied, das bei *Wissenshunger* ist. Das ist eine Organisation, die in Schulen Aufklärung über gesunde Ernährung anbietet. Außerdem sind wir im Austausch mit *Health for Future* und bemühen uns, mit weiteren Gruppen in Kontakt zu treten, die gleiche Vorstellungen haben wie wir zum Thema Ernährung.

Julius: PAN bemüht sich, eine nachhaltige und vegetarische Ernährung zu verbreiten. Der Tagessatz von Hartz IV oder Arbeitslosengeld für Ernährung pro Tag sind 5,19 Euro. Es ist wahrscheinlich sehr schwer, mit dem Geld auf eine gesunde Ernährung zu achten. Gibt es denn bei PAN eine Perspektive oder eine Auseinandersetzung mit dieser sozialen Komponente von Ernährung?

Manu: Ich glaube schon, aber im Rahmen unserer PAN *University Group* primär nicht. Ich persönlich denke aber, dass man an den Wurzeln des Problems anfangen und schauen muss, dass die Versorgungskette so aufgebaut ist, dass gesunde und pflanzenbasierte Ernährung finanzierbar und kein Luxus ist. Auch in Bezug auf Krankenhausernährung gilt das. Es ist leider so, dass momentan finanzielle Aspekte oftmals die wichtigere Rolle spielen. Es muss aber finanziell genauso gut möglich sein, eine ressourcenschonende, gesunde, pflanzenbasierte Ernährung bereitzustellen, denn nur das ist auch gesundheitlich gesehen nachhaltig und sowohl für präventive als auch kurative Zwecke das Zielführende.

Lukas: Wenn wir uns als Gruppe treffen, ist das auch öfters mal ein Thema. Letztes haben wir uns darüber unterhalten, dass die Politik aktuell noch gesundheitsschädliche Lebensmittel subventioniert, wie zum Beispiel Kuhmilch, aber Hafermilch nicht.

*Julius: Inwieweit prägt denn die Gruppe Euch auch hinsichtlich Eurer Berufsvorstellung? Oder hat die Gruppe auch Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Ihr auf Patient*innen zugeht?*

Lukas: Also bei mir auf jeden Fall. Ich habe zuletzt eine Famulatur in einer allgemeinmedizinischen Praxis gemacht und habe dann bei einigen Patient*innen nachgefragt, wie es bei Ihnen bei der Ernährung aussieht. Außerdem habe ich im Gespräch versucht, mehr

auf das Thema einzugehen. Und das nehme ich mir zukünftig weiter vor. Ich könnte mir auch vorstellen, später dann als Arzt – aktuell ist es ja noch keine eigene Fachrichtung – die Weiterbildung zum Ernährungsmediziner zu machen.

Manu: Ich habe persönlich gemerkt, wie viel mehr ich darauf achte, wie Ärzt*innen, mit denen ich Kontakt habe, das Thema kommunizieren und angehen und was da verschiedene Lösungsansätze sein können. Und es ist spannend zu beobachten, welche Herangehensweisen zielführend sind. Wenn ich zurückdenke, gibt es sowohl negative als auch positive Beispiele.

Julius: Was steht denn für Euch als Gruppe dieses Jahr so an? Gibt es irgendwelche Termine, die man sich schon merken muss?

Manu: Also wenn man mal von der großen Perspektive anfängt, gibt es im Sommersemester wieder eine »Iss Das!«-Reihe. Die wird bestimmt wieder sehr cool, war es bis jetzt immer und ist wirklich empfehlenswert. Und ansonsten als PAN *University Group* freuen wir uns schon auf viele Picknicks im Englischen Garten. Und wir haben wieder ein paar Expert*innenrunden und Wissenserevents geplant.

Auf jeden Fall ist geplant, dass wir mit der AG *Mind your Health* ein Treffen organisieren. Die Gruppe beschäftigt sich mit mentaler Gesundheit im Studium und Beruf. Dieses Jahr wollen wir unser Spektrum erweitern: Wie hängen Nachhaltigkeit und planetare Gesundheit mit Ernährung zusammen, wie hängt mentale Gesundheit mit Ernährung zusammen, wie kann man da vielleicht Leute auch noch aus einer anderen Perspektive catchen.

*Julius: Spannend. Und wenn jetzt, sagen wir mal konkret für München, Leser*innen Interesse an der Gruppe haben, wie kommen die am besten an Euch ran?*

Lukas: Am besten per Mail. Das gleiche gilt auch für viele andere Städte. Schaut da gerne einfach auf der Homepage von PAN vorbei. Das nächste Treffen in München wird das Semester-Opening-Treffen am 24. April sein. Da stellen wir nochmal vor, was wir so machen. Wir würden uns sehr freuen, neue Gesichter zu begrüßen!

Die Homepage von PAN:
<https://pan-int.org/>

Braunes Gemüse

Die esoterischen und völkischen Wurzeln der ökologischen Landwirtschaft

Von Peter Bierl

Auf die Idee, Landwirtschaft »ökologisch« zu machen, kann man nur kommen, wenn die Landwirtschaft zu kapitalistischer Agrarindustrie geworden ist, die nach immer mehr strebt und »unnatürlich« erscheint. Eine ökologische Bewegung hat deshalb Potential und Grund, antikapitalistisch zu sein. Sie kann aber auch und ist historisch allzu oft in vormoderne, konservative und reaktionäre Vorstellungen und Praxen abgeglitten. Peter Bierl gibt uns einen kenntnisreichen Überblick über diese Tradition.

Die moderne industrielle Landwirtschaft stand ganz am Anfang, als bereits über ihre negativen Folgen gestritten wurde. Zwar wuchs die Produktivität, die Erträge stiegen, so dass Hunger bald nicht mehr Folge absoluten Mangels, sondern der ungleichen gesellschaftlichen Verteilung war. Aber der Chemiker Justus von Liebig warnte bereits 1840, dem Boden würden wertvolle Mineralien entzogen, was die Fruchtbarkeit vermindere. Um einen Ausgleich zu schaffen, müssten diese Substanzen, insbesondere Stickstoff, wieder auf die Äcker gebracht werden. Liebig plädierte für Kunstdünger.

Karl Marx und Friedrich Engels verfolgten die Debatte aufmerksam. Sie stellten den gesellschaftlichen Zusammenhang her. »Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, dass die erste mehr die Arbeitskraft des Menschen, letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, in dem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen«, schrieb Marx in seinem Hauptwerk (Marx, K III 2013, S. 821). Seine Schlussfolgerung lautete: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter« (Marx, K I, S. 530).

Die Lebensreformbewegung griff das Thema ab dem späten 19. Jahrhundert wieder auf, aber mit anderen Motiven. Ziel der Lebensreform war, die Gesellschaft

unter der Leitlinie »Zurück zur Natur« grundlegend umzugestalten, Ökonomie, Pädagogik und Kunst, aber auch Landwirtschaft, Gesundheit und Ernährung. Aus diesem Milieu entstanden Gartenstädte, Reformhäuser und Vollwertkost, der Wandervogel und die FKK-Bewegung, die Anthroposophie und die Zinstheorie Silvio Gesells, die heute in Regionalgeld-Initiativen und Transition-Town-Gruppen auftaucht. Manche Lebensreformer*innen entwickelten sich zu Aussteiger*innen, die ihr Ideal vom einfachen Leben auf der Scholle verwirklichen wollten. Die meisten Experimente scheiterten, weil ihre Protagonist*innen von Landwirtschaft keine Ahnung hatten.

Die Probleme der Landwirtschaft wurden aufgrund der klein- und bildungsbürgerlichen Positionen und Weltansichten ihrer Vertreter*innen als Folge der modernen Zivilisation aufgefasst, der sie eine vorindustrielle idyllische Ständeordnung entgegenhielten. Diese erste Umweltbewegung in Deutschland sorgte sich um die Zukunft der »germanischen Rasse«: Die Deutschen würden in den Städten aussterben und auf dem Land durch polnische Saison- und Wanderarbeiter*innen ersetzt. Die völkischen Ideolog*innen hetzten gegen »jüdischen Wucher«, der die Landwirt*innen ruiniere. Die Losung lautete »Zurück zur Natur«, Erhalt deutschen Bauerntums als gesundem Kern von »Volk« und »Rasse«, eine Rückkehr von der Stadt auf die »heimatliche Scholle«, um den Zusammenhang von »Blut und Boden« wiederherzustellen.

Aus solchen völkisch-esoterischen Milieus entstand der ökologische Landbau. Seine Vertreter*innen (fast ausschließlich Männer) griffen dennoch auf ihre verquere

Weise durchaus reale Probleme und seriöse Erkenntnisse auf: einerseits Erosion, nachlassende Bodenfruchtbarkeit, sinkende Erträge, schlechtere Qualität von Nahrung sowie der Einsatz von immer mehr Dünger und Pestiziden aus Chemiefabriken, andererseits um 1900 die Entstehung der Agrarbiologie, die erklärte, wie Bodenfruchtbarkeit mit Bodenorganismen zusammenhängt. Außerdem veränderte 1912 die Entdeckung der Vitamine die Ernährung (Treitel 2017, S. 7, S. 170; Vogt 2007, S. 9ff.).

1893 gründeten Lebensreformer*innen aus Berlin die Obstbaukolonie *Eden* bei Oranienburg, deren Produkte heute in jedem Reformhaus zu finden sind. Eden zählt zu den wenigen Projekten, die wirtschaftlich überlebten, während viele andere scheiterten, weil ihre Bewohner*innen wenig von Landwirtschaft verstanden. In Eden lebten Verfechter*innen einer Ernährungs- und Landwirtschaftsreform im Sinne völkisch-rassistischer Erneuerung wie Gustav Simons und Richard Bloeck, die die Pionier*innen des ökologischen Landbaus beeinflussten (Staudenmaier 2019, S. 17; Treitel 2017, S. 160, S. 171; Bierl 2012, S. 166 ff.).

Dazu zählt Ewald Könnemann, der als Gründervater gilt, und eine Zeitlang in Eden lebte. Er wollte vor allem den chemischen Dünger verbannen. Könnemann war völkisch orientiert, gründete 1928 die *Arbeitsgemeinschaft Natürlicher Landbau* und übernahm später die Herausgabe der Zeitschrift *Bebauet die Erde*, die rassenhygienische Positionen vertrat (Staudenmaier 2019, S. 17 ff.; Treitel 2017, S. 172 ff.; Vogt 2007, S. 15 ff.). Der Landwirt Wilhelm Büsselberg entwickelte einen Ansatz, den er »biologisch-organisch-heroisch« nannte. Er forderte den Einsatz von Gründünger und Kompost sowie die Verwendung eigenen Saatguts und warnte vor tiefem Pflügen des Bodens. Sein Ziel war eine »rassisch reine und gesunde Bauernschaft«. Im Januar 1930 durfte Büsselberg seine Ideen Hitler persönlich vortragen. 1936 ernannte ihn sein Mentor, der Nürnberger Gauleiter Julius Streicher, zum Direktor eines neuen »Forschungsinstituts für Natürliche Landwirtschaft« (Staudenmaier 2019, S. 9).

Die biologisch-dynamische Landwirtschaft (BDW) geht auf Rudolf Steiner zurück, der die Anthroposophie schuf, eine esoterische Glaubensrichtung mit rassistischen und antisemitischen Tendenzen (Bierl 2005). Steiner hielt 1924 Vorträge vor 60 Landwirt*innen auf Gut Koberwitz bei Breslau. Unter seinen Anhänger*innen waren Verwalter*innen, Pächter*innen und Eigentümer*innen großer Güter, Adelige und gut vernetzte Politiker*innen. Dazu gehörte Georg Michaelis, ehemaliger Reichskanzler, kein Anthroposoph, aber zuverlässiger Unterstützer der BDW (Treitel 2017, S. 187). Der Eigentümer von Koberwitz, Carl von Keyerslingk, hatte für das Kriegsministerium gearbeitet. Er war Miteigentümer der Firma Vom Rath, Schöller & Skene AG, einer der größten Agrarfirmen des Landes.

Im Januar 1934 verbürgte sich Michaelis in einem Gespräch zwischen dem »Führerstellvertreter« Rudolf Hess und Erhard Bartsch, dem führenden BDW-Funktionär, und dessen engstem Mitarbeiter Franz Dreidax für die Anthroposoph*innen (Troßbach 2021, S. 14). Damit war ein Grundstein für die Kollaboration gelegt, einige BDW-Funktionäre pflegten zeitweise einen »hohen Grad an Nähe« zu NS-Vertretern (ebd., S. 12). Bartsch versicherte 1937, »dass sich die führenden Männer der *Demeter-Bewegung* rückhaltlos mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen dem nationalsozialistischen Deutschland zur Verfügung gestellt haben« (ebd., S. 19).

Zwar genossen alle diese Ansätze die Unterstützung von Hess, Streicher, Landwirtschaftsminister Richard Walter Darré oder dem SS-Führer Heinrich Himmler. Allerdings brauchte das NS-Regime für einen rassistischen Eroberungskrieg den maximalen Output einer modernen kapitalistischen

Unter den Fittichen der SS konnten die Anhänger*innen Steiners allerdings weiterarbeiten. In diese Phase fällt die Beteiligung an NS-Verbrechen, etwa an der Planung der ›Germanisierung‹ von besetzten Gebieten in Osteuropa oder an Experimenten in der Kräuterplantage des KZ Dachau, wo Hunderte von Häftlingen ermordet wurden.

Ökonomie, demnach auch einer industriellen Landwirtschaft. Deshalb blieb die Haltung des Regimes ambivalent. Büsselberg wurde eine Sabotage der Ertragssteigerung vorgeworfen, Könnemanns Modelldorf scheiterte und er wurde wegen Betrugs angeklagt (Staudenmaier 2019, S. 13, S. 23).

Der Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise in Landwirtschaft und Gartenbau e.V. wurde nach dem Abgang von Hess 1941 verboten. Unter den Fittichen der SS konnten die Anhänger*innen Steiners allerdings weiterarbeiten. In diese Phase fällt die Beteiligung an NS-Verbrechen, etwa an der Planung der »Germanisierung« von besetzten Gebieten in Osteuropa oder an Experimenten in der Kräuterplantage des KZ Dachau, wo Hunderte von Häftlingen ermordet wurden (Troßbach 2021, S. 34 ff.; Seidl 2008; Jacobeit/Kopke 1999).

Während Lebensreform und Esoterik den Hintergrund des Ökolandbaus in Deutschland bildeten, waren es in Großbritannien Naturwissenschaftler*innen, die das »organic farming« entwickelten, eine Landwirtschaft, die die Umwelt schonen sollte und heute weltweit zu finden ist. Allerdings finden sich auch in der britischen Bewegung Bezüge zur Neoromantik, zum Mystizismus und zur faschistischen Rechten, die ihrerseits solche Ideen propagandistisch aufgriffen (Barton 2018, S. 3, S. 19 ff.; Lockeretz 2007, S. 5). Wichtige Grundlagen entstammten einem kolonialen Kontext. Die britische Verwaltung in Indien sorgte sich um die Agrarproduktion und richtete Stationen ein, auf denen etwa Albert Howard in jahrzehntelanger Feldforschung wichtige Erkenntnisse über die Zusammensetzung des Bodens, das Wirken von Mikroorganismen sowie Kompost und Humus gewann (Barton 2018, S. 17 ff.; Treitel 2017, S. 15; Vogt 2007, S. 25 ff.). Howard allerdings wies die BDW als unwissenschaftlich und esoterisch zurück (Barton 2018, S. 39 ff.)

In Deutschland und Österreich konnten die Mitläufer*innen und Täter*innen aus dem Ökolandbau ihre Tätigkeit nach 1945 fortsetzen. Eine kritische Aufarbeitung fand nicht oder nur zögerlich statt oder als Reaktion auf öf-

fentliche Kritik. In der Anthroposophie waren es die Redaktion der *Flensburger Hefte* (Flensburger Hefte 1991) sowie Uwe Werner (Werner 1999, S. 82 ff.), die die Kollaboration problematisierten. Die meisten Arbeiten stammen jedoch von Nichtanthroposoph*innen (Troßbach, Seidl, Jacobeit/Kopke, Staudenmaier), während etwa in einer Publikation der gemeinnützigen Stiftung Ökologie & Landbau von 2002 die Porträts über die Pionier*innen fast keine oder nur verharmlosende Hinweise enthalten. So heißt es über Franz Lippert lapidar, er habe gemeint, die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise »auch mit Hilfe der NS-Machthaber verbreiten zu können. So leitete er die Heil- und Gewürzkräuter-Versuchsanlagen im KZ Dachau« (Schaumann et al. 2002, S. 137).

In Westdeutschland sammelten sich alte Nazikader und Kollaborateur*innen der Lebensreform und des Ökolandbaus im »Weltbund zum Schutz des Lebens«, in der »Gesellschaft Boden und Gesundheit« oder der »Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstoff-Forschung e.V. (IVG)«. Charakteristisch war die eugenische Komponente, die Warnung vor »Zivilisationskrankheiten«, die zur Degeneration und zum Untergang der weißen Rasse führen würden (Treitel 2017, S. 251 ff.). Noch 1985 brachte die Fraktion der Grünen im Bundestag einen Antrag ein, in dem Vollwertkost propagiert wurde, um Zivilisationskrankheiten und Symptome der Degeneration zu vermeiden (ebd., S. 277).

Die Dominanz der Rechten schwand jedoch, weil sich die neue Umweltbewegung als »links« verstand und aus der Gegenkultur der 1968er speiste. Dabei gab es allerdings keine Skrupel, mit Nazis zu kooperieren, etwa dem Biobauern Baldur Springmann. Das änderte sich erst, als antifaschistische Linke solche Zusammenhänge ab 1990 unter dem Begriff Ökofaschismus kritisierten (Wölk 1991; Wölk 1992). Während sich heute die AfD als wichtigste Kraft der extremen Rechten antiökologisch positioniert, versucht ein Teil der Nazis sich auf Höfen als naturverbundene Biobäuer*innen zu etablieren (Röpke/Speit 2019).

Peter Bierl ist Journalist und Autor. Er beschäftigt sich mit den Themen Nationalsozialismus, Anthroposophie, Esoterik und Umweltbewegung.

(Quelle: Der Text ist zuerst erschienen in: FARN, Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft, Herausgeber Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), Berlin 2022 – Für GbP wurde der Text vom Autor geringfügig überarbeitet.)

Das Literaturverzeichnis finden Sie auf der Homepage von GbP: <http://gbp.vdaa.de/>

Erdbeeren müssen nie weinen

Der Autor setzt dem antihumanen Antispeziesismus eine marxistische Kritik der Warenproduktion entgegen

Maximilian Schulz

Gruppen wie Animal Rebellion, Peta und Animal Liberation machen das Tierleid zur Priorität und damit Schlagzeilen. Sie neigen aber auch dazu, bioethisch, sprich: gleichgültig mit menschlichem Leid umzugehen.

Nach Extinction Rebellion nun also Animal Rebellion: Die Gruppe, ein Ableger der Klimaschützer, rief unter dem Motto »October Rebellion« zu verschiedenen dezentralen Protesten auf, vor allem in London. Für einige Aufmerksamkeit sorgte dabei der bizarre Auftritt von Mr. Broccoli, einem als Kohlkopf verkleideten Unterstützer von Animal Rebellion, im britischen Fernsehen. Neben solcher Maskerade gab es auch klassische Blockadeaktionen: Laut *Independent* gab es mehr als 20 Festnahmen, als Mitglieder von Animal Rebellion versuchten, den Fischmarkt von Billingsgate zu blockieren; dasselbe versuchten sie auch beim Fleischmarkt von Smithfield.

Animal Rebellion verfügt in Großbritannien nach eigenen Angaben über mehrere Dutzend Ortsgruppen, obwohl die Organisation erst im Juni gegründet worden sein soll. Dazu kommen Ableger in weiteren Ländern, darunter auch Deutschland. Ihr Ziel: die Transition zu einer rein pflanzenbasierten Nahrungsmittelindustrie.

Ihr oberster Grundsatz: Antispeziesismus. Deutsche Blogs und Websites in zu diesen Themen glänzten lange Jahre vor allem durch Inaktivität. Doch das dürfte sich ändern, das Abstraktum Klima schreit geradezu nach Subjektivierung, was sollte da besser geeignet sein als Tiere und das Leid von Tieren. Der Antispeziesismus stellt sich in eine Reihe mit Antirassismus und Antisexismus. Auf antispe.de

heißt es dazu: »Speziesismus ist die Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Art, so wie Rassismus und Sexismus die Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe beziehungsweise zu einem Geschlecht sind. Antispeziesismus (Anti-Speziesismus) ist daher ebenso notwendig wie Antirassismus und Antisexismus.«

Leid und Angst gehören naturnotwendig zum Tiersein; Tiere könnten nur dann davon befreit werden, wenn sie keine Tiere mehr sein müssten. Der Antispeziesismus verkennt zudem, dass hier Ungleiches gleich gemacht wird, was in der Konsequenz Menschenfeindlichkeit relativiert. Jüngst hieß es auf einem Schild eines Klimademonstranten: »Wäre das Klima eine Synagoge ... was für ein Aufschrei!« Solcherlei Entgleisungen treffen meist auch sceneintern auf Ablehnung. Der Antispeziesismus steht jedoch vor dem Problem, dass er sich wegen seiner Grundannahme kaum von solchen Aussagen abgrenzen kann. Wenn der Mensch auch nur ein Tier ist, dann passt, wenn man es zu Ende denkt, zwischen Auschwitz und Wiesenhof kein Blatt Papier, wie es erst vor zwei Monaten Katerina Kolozova vorexerzierte mit ihrer Studie »Capitalism's Holocaust of Animals – A Non-Marxist Critique of Capital, Philosophy and Patriarchy«.

Auch Organisationen wie Peta fahren gern gleich den Holocaust auf. Unvergessen bleibt die Peta-Kampagne Anfang der nuller Jahre mit dem Titel »Der Holocaust auf deinem Tel-

Es braucht keinen Biozentrismus, um die Misshandlung von Tieren abzulehnen, das geht auch schon ganz gut mit einem konsequenten Humanismus.

ler«. Die Kampagne wurde verboten. Die Auseinandersetzungen über Holocaust-Vergleiche von Tierrechtlern laufen seit mehr als 40 Jahren. Doch auch ohne Auschwitz-Vergleiche, ist der Antispeziesismus problematisch. Durch die Gleichsetzung von Mensch und Tier verschwimmen die Prioritäten ganz grundsätzlich. Der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zufolge haben mehr als 820 Millionen Menschen weltweit nicht genug zu essen.

Die Forderung nach einer Veganisierung der gesamten Nahrungsmittelindustrie im globalen Maßstab darf gern ein Wunschtraum sein, der Stellenwert dieses Anliegens sollte aber doch unter dem liegen, den menschlicher Hunger darstellt.

Selbst wenn, wie in einer Erklärung auf *plantbasednews* von einem freiwilligen Helfer des Media-Teams von Animal Rebellion, anerkannt wird, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter unter den toxischen Verhältnissen der Nahrungsmittelindustrie litten und man sie sich nicht zum Feind machen wolle, folgt ein Aber: Die Rolle des Speziesismus müsse von Arbeiterinnen und Arbeitern der Fleischindustrie anerkannt werden, sie sollten sich als Verbündete in einen Kampf für eine vegane Nahrungsmittelindustrie einreihen.

Auch die maltesische Sektion von Animal Liberation erkennt an, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, wie Studien belegen, schwerwiegende psychische Schäden durch emotionale Belastungen während ihrer Tätigkeiten in der Fleischindustrie erleiden können. Darunter fallen häusliche Gewalt, Alkohol- und Drogenmissbrauch und PTBS sowie beispielsweise eine überdurchschnittliche Zahl von Verhaftungen wegen Gewaltverbrechen und Vergewaltigungen.

Die Menschenfeindlichkeit dieser Industrie thematisieren die Tierrechtler aber in einer Weise, die die Arbeiterinnen und Arbeiter in möglichst schlechtem Licht erscheinen lässt: Schau, der hält grinsend einen Schweinekopf in die Kamera, was für ein böser Mensch das sein muss!

Dass es auch anders geht, bewies der sozialistische Autor Upton Sinclair bereits vor über 100 Jahren, als er mit »Der Dschungel« eine schonungslose Abrechnung mit der Fleischindustrie in Chicago und ihrem verheerenden Einfluss auf die Beschäftigten vorlegte. Sinclair zeigt exemplarisch, dass es keinen Biozentrismus braucht, um die Misshandlung von Tieren abzulehnen, das geht auch schon ganz gut mit einem konsequenten Humanismus.

Die Fleischindustrie gilt es abzuschaffen, den Kohlendioxidausstoß zu reduzieren, doch dafür wäre statt des Biozentrismus ein tatsächlich konsequenter Anthropozentrismus vonnöten. Und statt einem angeblichen Speziesismus wäre vorrangig die kapitalistische Warenproduktion in Frage zu stellen. Hier zeigt sich ein weiterer inhärenter Widerspruch des Antispeziesismus: Wären die Menschen nur Tiere, warum sollten sie dann ihrem Arterhalt nicht die höchste Priorität zuordnen? Wenn man den endzeitlichen Grundzug der entsprechenden Bewegungen ernst nimmt, ergibt sich ein schwerwiegendes Problem. Gesetzt den Fall, dass nur noch wenig Zeit bliebe: Was gilt es zuvörderst zu retten?

Die Menschen, das Klima, die Tiere? Wenn die Beantwortung dieser Frage schwerfällt, ist die Menschheit wahrhaft in Sinclairs Dschungel verloren.

Maximilian Schulz arbeitet als Jugendreferent für Die Linke. Thüringen und lebt in Erfurt.

(Quelle: Der Text ist zuerst erschienen in der Jungle world vom 10.12.2019 – wir danken für die Erlaubnis des Nachdrucks)

Für einen »Veganismus der Massen«

Christian Stache

Christian Stache kritisiert an der kapitalistischen Produktionsweise, dass sie Tiere zu Produktionsmitteln mache und entwickelt dagegen – ebenfalls an Marxsche Kategorien anknüpfend – ein Konzept der »Ausbeutung der Tiere«, um so den Veganismus zu begründen. Auch hier wird der Unterschied zwischen Mensch und Tier tendenziell aufgehoben.

Die Erkenntnis, dass die Ausbeutung der Tiere in den Züchtungsfabriken, Mastanlagen und Schlachthäusern ungerecht für die Tiere ist, den Klimawandel fördert, eine Brutstätte für neue Krankheiten ist und in Tateinheit mit der Ausbeutung von ArbeiterInnen geschieht, ist mittlerweile im Alltagsverstand der Menschen angekommen. Tierschutz-, Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung streiten jedoch darüber, wie man dem industriellen Schlachten begegnen soll.

Die vegane Lebensweise gehört zwar für nahezu alle AktivistInnen zum Kampf dazu. Aber ihr Stellenwert und ihre Funktion unterscheiden sich je nach Weltanschauung und Strategie. Für die einen antizipiert sie das Zusammenleben in einer besseren Welt. Für andere ist sie ein Weg, die bürgerliche Gesellschaft zu verbessern. Für Dritte bildet sie eine Komponente einer proletarischen Gegenkultur auf Höhe der Zeit, die es für den sozialistischen Klassenkampf zur Befreiung der Subalternen braucht, die nicht alle *Homo sapiens* sind.

Element einer präfigurativen Kulturrevolution

Ende September 2022 blockierten rund 100 AktivistInnen im niedersächsischen Badbergen die Zufahrt zum Rinderschlachthof des größten deutschen Fleischkonzerns Tönnies. Auf ihren Transparenten waren unter anderem Forderungen und Slogans zu lesen wie »Menschen und Tier sind kein Kapital« oder »Agra-

industrie: Hauptschuld an Massenaussterben und Flächenverbrauch«. Organisiert wurde die Blockade vom Bündnis »Gemeinsam gegen die Tierindustrie«, einem überregionalen Zusammenschluss von Gruppen aus der Tierrechts- und Tierbefreiungs- sowie aus der Umwelt- und Klimabewegung.

Die Aktion war Teil einer Protestwoche im Oldenburger Land, einem der Hotspots der deutschen Fleischindustrie. Beim dazugehörigen Camp tauschte man sich mit Landwirtschafts-NGOs aus dem Grünen-Milieu über die Agrarwende aus. Es gab Workshops zum Thema »Ernährungssouveränität« genauso wie Aktionstrainings und einiges aus dem Werkzeugkasten linksliberaler Selbsterziehung.

Beim Camp genoss man »vegane Verpflegung« – eine Selbstverständlichkeit. Die meisten AktivistInnen betrachteten zweifellos einen veganen Lebensstil als integrativen Teil ihrer Identität und politischen Arbeit. Aber die Inhalte und Aktionen der herrschaftskritischen und intersektionalen Strömung innerhalb der deutschsprachigen Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung sind nicht allein darauf ausgerichtet. Das Ziel ist vielmehr die »totale Befreiung« von einer Kultur und Politik der Herrschaft.

»Gemeinsam gegen die Tierindustrie« ist derzeit das vielleicht größte Projekt dieser Bewegungsfraktion. Für sie ist Veganismus in der Regel Teil einer präfigurativen kulturrevolutionären Politik, wie sie auch in zahlreichen anderen sozialen Bewegungen praktiziert wird.

Als Teil einer modernen, gegenkulturellen proletarischen Lebensweise könnte er die Solidarität mit den Tieren zum Ausdruck bringen, reale Alternativen für die Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und Ernährung anbieten und schließlich das Klassenprojekt eines veganen Sozialismus kulturell stützen.

Man konsumiert die Tiere nicht, die man befreien oder zumindest mittelfristig von ihrem jetzigen Joch erlösen will. Man lebt vegan als eine Vorwegnahme des Richtigen im Falschen, als Modell für eine Zukunft, in der auch anderen Spezies Gerechtigkeit angediehen lassen wird.

Friederike Schmitz, eine der Führungsfiguren dieser Strömung, formuliert in ihrem neuesten Buch *Anders satt* den »Ausstieg aus der Tierindustrie« und »eine umfassende Transformation von Landwirtschaft und Ernährung« mittels radikaler Reformpolitik im Staat und in Konfrontation mit Konzernen als Strategie der Bewegung. Schmitz' und ihre Mitstreiter sind die KautskyianerInnen der Tierbewegungen: Sie bilden gegenüber den beiden anderen Lagern das politische Zentrum.

»Tierfreundliche« Modernisierung des Kapitalismus

Den rechten, liberalen Flügel stellen überwiegend Tierrechts- und Tierschutz-NGOs. Der deutsche Ableger von »*People for the Ethical Treatment of Animals (PETA)*« zählt ebenso dazu wie *ProVeg* Deutschland. Hier tummeln sich auch die Anhänger- und zahlreiche VertreterInnen bürgerlicher Tierethik verschiedener Couleur, deren Horizont die Moral und das Verhalten des bürgerlichen Marktsubjekts bilden.

ProVeg Deutschland strebt laut Gründer und Präsident Sebastian Joy an, das *Greenpeace* auf dem Feld der Ernährung zu werden. Anders als bei den anderen beiden Strömungen

der Tierbewegungen, dreht sich bei Joy und den Seinen buchstäblich alles ums Essen von Pflanzen. Ihr Ziel ist es, »den globalen Tierkonsum bis 2040 um 50% zu reduzieren und damit das Ernährungssystem nachhaltiger, tierfreundlicher, gesünder und gerechter zu machen«.

Der Komparativ ist hier entscheidend. Es geht nicht darum, eine tierfreundliche, nachhaltige oder gerechte Produktion und Gesellschaft zu erkämpfen und gegen deren dominante Kräfte durchzusetzen. Vielmehr sollen Innovationen und politische Reformen die Herstellung und den Konsum pflanzlicher Lebensmittel zu Lasten des Fleischkonsums fördern. Es geht um eine marktkonforme Modernisierung der bürgerlichen Gesellschaft im Namen der Tiere.

Dazu vergibt die *ProVeg* etwa ein Label für vegan-vegetarische Waren und berät Konzerne wie die Supermarktkette *Lidl* bei der Produktentwicklung. Auch bei der Entstehung einer auf pflanzlichen Produkten basierenden Branche und der entsprechenden Märkte wirkt *ProVeg* mit. InvestorInnen und UnternehmerInnen bietet die NGO eine Bühne bei verschiedenen Konferenzformaten, zu deren PartnerInnen auch Fleischunternehmen wie die *Rügenwalder Mühle* gehören, und mit der »führenden veganen Publikumsmesse«, der sogenannte *VeggieWorld*, promotet sie die schöne neue Warenwelt und die entsprechenden Lebensstile.

Mehr Konsum pflanzenbasierter Waren wird hier per se als sozialer Fortschritt missverstanden und »das Essen auf unseren Tellern als

genialer Multiproblemlöser« imaginiert. Durch »eine stärker pflanzliche Ernährung« ließen sich Joy zufolge »mehrere der drängendsten globalen Herausforderungen unserer Zeit – wie Tierleid, Klimawandel, Welthunger und Zivilisationskrankheiten – erfolgreich angehen«. Tatsächlich ist es nicht falsch, dass eine vegane Ernährung dazu beitragen könnte, all diese Probleme zu lösen. Aber dafür bräuchte es zunächst einmal eine andere Produktionsweise und andere Machtverhältnisse im Staat und in der Gesellschaft.

ProVeg arbeitet hingegen dem grün-konservativen Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, zu, der gar nichts gegen die Tierausbeutung, geschweige denn den neoliberalisierten Kapitalismus hat. Statt auf Konfrontation setzt ProVeg auch auf die Kooperation mit Konzernen. Jens Tuider, internationaler Direktor der NGO, erklärt: »In einer Welt, in der Privatwirtschaft eine solch dominante Rolle spielt, ist ein globaler Transformationsprozess nur mit der Wirtschaft möglich.«

Eine sozialistische Lebensweise in spe

Der linke Flügel der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung hält von dieser auf Konsum, der Schaffung neuer Waren und Märkte sowie auf Bewegungskorporatismus angelegten Strategie herzlich wenig. Die verschiedenen Varianten des »Vegan for Profit«, kritisiert etwa John Lütten in seinem Beitrag zur Zeitung *Das Schlachten beenden*, die die *Tierrechtsgruppe Zürich* herausgegeben hat, lenkten »das Streben nach einem gesellschaftlichen Wandel in konformistische, marktformige Bahnen«. Das Versprechen, die Welt durch Konsum zu einem besseren Ort zu machen, sei so alt wie der Kapitalismus selbst.

Tatsächlich lehnen die SozialistInnen in der Tierbefreiungsbewegung wie das deutsch-schweizerische »*Bündnis Marxismus und Tierbefreiung*« auch nicht vegane Produkte, neue Technologien zu ihrer Erzeugung oder den Veganismus ab. Nur sind diese nicht der Dreh- und Angelpunkt ihrer Theorie und Praxis. Ihnen geht es vielmehr darum, die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse, der Natur und der Tiere durch einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Eigentums-, Produktions- und Verteilungsverhältnissen abzuschaffen und alle drei von der Herrschaft des Kapitals zu befreien.

Frei nach Überlegungen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci teilen sozialistische TierbefreierInnen die Überzeugung, dass die Revolutionen nicht in »der Küche« gemacht werden, sondern »die Revolutionen (...) die Ernährung« verändern. Die Ernährung ist Gramsci zufolge vielmehr »eine der Ausdrucksweisen der gesellschaftlichen Verhältnisse«. In anderen Worten: Die soziale Produktionsweise manifestiert sich massenkulturell darin, was und wie wir essen.

Dass sich heute beim Essen nach wie vor alles ums Fleisch dreht, ist also kein Zufall. Es entspricht bürgerlichen Eigentumsverhältnissen, in denen die Tiere Produktionsmittel sind, die Privatunternehmen gehören, und nach Belieben zu Esswaren zwecks Profitakkumulation verarbeitet werden. Fleischprodukte sind gewinnträchtiges Warenkapital, dessen Realisierung die allgegenwärtige Fleischkultur stützt.

Unter solchen historischen Bedingungen muss eine vegane Lebensart ein kulturelles Mittel im Klassenkampf für die Befreiung der Tiere sein. Die brasilianische Feministin und Kommunistin Maila Costa sieht etwa im »Veganismus der Massen«, wie er in Südamerika entwickelt wird, eine »konkrete Utopie« für die Lohnabhängigen und Marginalisierten. Als Teil einer modernen, gegenkulturellen proletarischen Lebensweise könnte er die Solidarität mit den Tieren zum Ausdruck bringen, reale Alternativen für die Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und Ernährung anbieten und schließlich das Klassenprojekt eines veganen Sozialismus kulturell stützen. Für dessen Verwirklichung, insistiert der italienische Tierbefreiungsphilosoph Marco Maurizi in seinem Buch *Jenseits der Natur*, müsse aber »die Frage nach der Kontrolle über die Produktionsmittel« gestellt werden.

Christian Stache ist promovierter Sozial- und Wirtschaftshistoriker. Er lebt und arbeitet in Hamburg. 2017 ist sein Buch *Kapitalismus und Naturzerstörung. Zur kritischen Theorie des gesellschaftlichen Naturverhältnisses* erschienen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Marxismus, Ökologie, Kapitalismusgeschichte und das Mensch-Tier-Verhältnis.

Diagnosen werden gemacht, nicht gefunden

Rezension von Kai-Uwe Helmers

Auf der JHV 2017 haben wir Norbert Donner-Banzhoff als kompetenten Referenten zum Thema alltägliche Versorgung – wissenschaftliche Erkenntnis kennengelernt. In der GbP 4/2017 erschien von ihm Artikel dazu mit dem Thema »Archäologie einer Beziehung zum Arzt-Patient Verhältnis«.¹ Nun ist im Dezember 2022 ein Buch von ihm erschienen, das sich neben diesem Thema intensiv dem Prozess und den Umständen des Diagnostizierens in der deutschen Medizinlandschaft widmet. Es hat 356 Seiten und ist in 17 Kapiteln aufgebaut, die unabhängig voneinander gelesen werden können und es so ermöglichen, sich zunächst interessante Themen herauszugreifen. Es gibt online zusätzlich ein Register für vertiefende Anmerkungen und weiterführende Literaturangaben. Ein ebenfalls abrufbare PowerPoint-Präsentation ermöglicht es, die Inhalte für Seminare und Fortbildungsveranstaltungen leichter zugänglich zu machen.

Das erste Kapitel »Voraussetzungen« ist etwas sperrig und es braucht Mühe, die sich aber lohnt. In diesem Kapitel wird die zentrale Voraussetzung des Buches, dass Diagnosen *gemacht* und nicht gefunden werden, deutlich. Es geht also um die aktive Rolle der Ärzt*in beim Stellen der Diagnose und damit auch um die subjektive Dimension derselben. Diese wird man nicht »ausschalten« können, aber sie muss permanent reflektiert werden.

Für die, die es praktischer mögen, wäre das 2. Kapitel »Adaptive Intelligenz« als Einstieg gut. Es geht dabei um das Vorgehen während einer Konsultation im Bemühen um eine Diagnose. So schlägt Donner-Banzhoff ein induktives Streifen zu Beginn vor, dem das Abfragen getriggelter Routinen folgt und diesem wiederum – wenn nötig – ein deduktives Testen. Für viele Praktiker*innen mit langjähriger Erfahrung besonders im ambulanten und primärmedizinischen Bereich fasst es die alltägliche diagnostische Arbeit in Worte und zugleich hilft es Studierenden und weniger Erfahrenen dadurch, sich dieses Vorgehen bewusst zu machen und sich so bestenfalls kritisch und reflektiert anzueignen.

Aus meiner praktischen hausärztlichen Sicht sind die Kapitel 4 zu Studienevidenzen und 5 zu Wahrscheinlichkei-

ten besonders hervorzuheben. Sie stellen die rationale Basis des Diagnostizierens insbesondere in der primärmedizinischen Versorgung dar. Die meisten Ärzt*innen folgen diesen Prinzipien, wenn auch nicht immer bewusst. So kann mit dem Satz von Bayes² mathematisch plausibel gemacht werden, dass ein offenes Screening auf eine seltene Erkrankung schädlich ist und keinerlei Benefit bringt. Die Vor-Test Wahrscheinlichkeit entscheidet über die Qualität des Ergebnisses einer eingeleiteten diagnostischen Prozedur (Labor Bildgebung aber auch Fragen und körperliche Untersuchungen usw.).

In den 17 Kapiteln vertieft Donner-Banzhoff das Wissen um die Diagnosestellung und deren Bedeutung. Er thematisiert u.a. Früherkennung, Normalität, die Analogie der Ärzt*in als Detektiv*in, er thematisiert Fehler und Pseudofehler und den Umgang damit, kritisiert die verkürzte biomedizinische Sichtweise als Hinterweltler-Medizin, die ihren Hort an den Universitäten hat, und er zieht in einem Kapitel Konsequenzen daraus für die Lehre.

Das Buch ist eklektisch, in einem positiven bereichernden Sinne. Es weitet nicht nur den diagnostischen Horizont. Kritisch sehe ich, dass die gesellschaftliche Bedingtheit von Diagnosen und Erkrankungen gesehen wird, aber eine Einbettung in eine sozioökonomische Kritik, die die Ursachen dafür in Blick nimmt, fehlt. So ist es einerseits interessant, dass es in den USA eine größere Bedeutung hat, ob ein Symptomenkomplex als neue Krankheit anerkannt wird. Im Falle einer Anerkennung müssen die privaten Versicherungen nämlich die Kosten für die Versorgung übernehmen. Eine Alternative dazu gibt es häufig nicht, da die Daseinsvorsorge in den USA nicht wie Deutschland als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, die staatlich umgesetzt werden sollte. Eine neue Diagnose ermöglicht also eine Versorgung für Menschen, die einen Bedarf haben. Somit hat eine neue Diagnose auch die Funktion eine notwendige Versorgung zu ermöglichen

² Thomas Bayes (1701-1761) war ein englischer Mathematiker. Nach ihm ist das Bayes-Theorem benannt worden, das von bedingten Wahrscheinlichkeiten handelt. Es hatte großen Einfluss in vielen Bereichen, aber erst in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die Bedeutung richtig erkannt worden.

¹ <https://gbp.vdaae.de/index.php/143-2017/2017-4/1064-gbp-4-2017-norbert-donner-banzhoff>

Auf der anderen Seite finden die sozialen Determinanten von Krankheit und Gesundheit bei Donner-Banzhoff kaum Erwähnung. Es sterben weiterhin in Deutschland die Ärmsten zehn Jahre früher als die Reichsten. Zudem haben Ärmere noch erheblich weniger gute Jahre, bevor sie sterben. International sind diese Ungleichheiten weit stärker und überdeutlich. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck von kapitalistischer Produktionsweise und Reichumsverteilung. Diese Ungleichheit wird durch verschiedene patriarchale Herrschaftsstrukturen und spezifische Diskriminierungen ausdifferenziert. Dem Autor ist das sicher bewusst und ich hätte mir hier eine aufzeigende und parteilichere Haltung gewünscht. Ich hätte mir ebenso eine explizit stärkere Abgrenzung zu den pseudowissenschaftlichen Diskursen während der Pandemie gewünscht, sowie eine explizite Verteidigung und Solidarität mit wissenschaftlichem Vorgehen, um das sich der Autor ohne Zweifel sehr bemüht gemacht hat.

Um keinen falschen Eindruck zu erzeugen: Die soziale und kritische Sichtweise des Autors ist ohne Zweifel und wird besonders deutlich, wenn er schreibt: »Die Bezahlung von Ärztinnen mit Einschreibepauschalen oder einem festen Gehalt erscheint nach Jahrzehnten neoliberaler Definitionsmacht etwas altbacken, sie reduziert jedoch Interessenskonflikte und macht die Köpfe frei für die Überlegung, wie Patientinnen am besten versorgt werden (und nicht, wie sie am besten ausgenommen werden).« (S. 317) Selbstredend spricht er sich gegen das IGeLn aus, lobt das Sachleistungsprinzip und möchte die tendenzielle De-Ökonomisierung, die er darin erkennt, ausbauen.

Es ist die große Stärke dieses Buches, eine methodensichere Kritik auf Augenhöhe an der gegenwärtigen Medizin zu üben. Eine soziale Sichtweise wird dadurch gestärkt. Konsequenter wird die diagnostische Welt vom Kopf auf die Füße gestellt. Es wird sehr gut differenziert zwischen den Bedingungen und Bedarfen in der Primärversorgung und der universitären Maximal- und Spezialversorgung. Dabei wird auch klar, dass es eine Fehlallokation gibt auf Kosten der Lehre an den Universitäten. Dieses Buch ist facettenreich und lädt ein, Perspektiven zu prüfen. Es liefert Werkzeuge für Kritik und Praxis. Es ist dabei eine zeitgenössische Kritik an der gegenwärtigen Medizin, wobei der Autor bemüht ist, die Medizin durch Kritik, Wissenschaft, Lehre und Didaktik zum Positiven zu verändern. Ich wünsche dem Buch ein großes und – wie könnte es auch anders sein – ein wohlwollend kritisches Publikum.



Norbert Donner-Banzhoff:
»Die ärztliche Diagnose.
Erfahrung – Evidenz – Ritual«,
Hogrefe Verlag,
Bern 2022, 44,95 €, 360 Seiten,
ISBN: 978-3-456-86194-4

Internationales

Großbritannien

Bereits in den letzten beiden Ausgaben haben wir kurz von den ausgedehnten Streiks der Gesundheitsarbeiter*innen in Großbritannien berichtet. Zuletzt sind auch Ärzt*innen in Weiterbildung in die Arbeitskämpfe mit eingestiegen. Dr. Naru Narayanan von der Gewerkschaft der Klinikärzt*innen HCSA betont, dass die Forderungen der Ärzt*innen als Teil des generellen Kampfes um den NHS gesehen werden sollen: »Das ist ein kritisches Problem für unseren NHS. Wenn die Regierung die Gehälter nicht im Rahmen eines umfassenderen Finanzierungspakets anhebt, dann wird die derzeitige löchrige Belegschaft zusammenbrechen und die Klinikärzte der Zukunft werden mit den Füßen abstimmen und gehen. Wir stehen am Rande eines Abgrunds. Jetzt ist es an der Zeit, einen Ausweg aus dieser Krise auszuhandeln.«

Nachdem sich die Regierung lange geweigert hat, über Lohnerhöhungen für die NHS Beschäftigten zu verhandeln, legte sie nun doch ein Angebot vor. Am 16. März teilte das Gesundheitsministerium mit, dass es zu einem Durchbruch in den Verhandlungen mit den sechs großen Gewerkschaften *UNISON*, *GMB*, *Unite*, dem *Royal Colleges of Nursing and Midwives*, der *Chartered Society of Physiotherapy*, und der *British Dietetic Association* gekommen sei. Nun pausieren die Streiks, während die Mitglieder befragt werden. Außer *Unite* empfehlen alle Gewerkschaften ihren Mitgliedern, das Angebot anzunehmen.

Nachdem der Wirtschaftsminister Grant Shapps im Januar ein Gesetzesvorhaben ankündigte, das das Streikrecht vieler Brit*innen einschränken würde, fand am 1. Februar ein landesweiter Protesttag dagegen statt, an dem schätzungsweise eine halbe Million Beschäftigte ihre Arbeit niederlegten. Das geplante »Minimum Services Bill« würde Eisenbahner*innen, Gesundheitspersonal, den Bildungsbereich, die Feuerwehren, den gesamten Transportsektor, den Grenzschutz sowie jene lohnabhängig Beschäftigten, die radioaktiven Müll entsorgen, betreffen. Für sie alle wäre es in Zukunft deutlich schwieriger zu streiken.

Nicht nur aus dem Vereinigten Königreich, sondern auch aus dem Ausland kommt Protest, wie etwa von der EPSU, dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst, und ver.di.

<https://www.gov.uk/government/news/government-and-health-unions-agree-pay-deal-paving-way-for-an-end-to-strike-action>

Health workers' actions in UK escalate as junior doctors announce strike : Peoples Dispatch

<https://www.verdi.de/themen/internationales/++co++7dOalcaa-959l-lled-8O5d-OOla4al6OI29>

<https://www.politico.eu/article/nhs-uk-english-health-unions-reach-pay-deal-after-months-of-strikes/>

Verlorene Jahre

Das spanische Gesundheitssystem war einst das Vorzeigeprojekt der Sozialdemokratie, mit den Maßnahmen in der Finanzkrise wurde es arm gespart. Dagegen gibt es nun Widerstand.

Carmela Negrete

Noch heute verstehen vor allem ältere Menschen in Spanien nicht, dass sie in die Kasse der Seguridad Social (soziale Sicherheit) zahlen oder gezahlt haben, und nun, da sie gebrechlich sind, wie alle anderen sehr lange auf medizinische Behandlungen warten müssen und dass bestimmte Behandlungen gar nicht angeboten werden. Dass in Spanien alle unabhängig davon, ob sie irgendwo eingezahlt haben oder nicht, in gleichem Maße gesundheitlich versorgt werden, verdanken sie der Verfassung von 1978 und dem allgemeinen Gesetz zur Gesundheitsversorgung (Ley General de Sanidad) von 1986, das erstmals auch diejenigen, die keinen Arbeitsvertrag haben, absichert.

Erst während der Zweiten Republik wurde 1931 eine Krankenversicherung für Arbeiter eingeführt. Eine Rentenversicherung gab es bereits. In Ausnahmefällen, in denen die öffentliche Gesundheit gefährdet war, sprang der Staat auch für die Ärmere ein: bei Tuberkulose, Pandemien oder sexuellen Krankheiten. Unter der Franco-Diktatur hat es erst ab 1942 eine »verpflichtende Krankenversicherung« für Arbeiter und deren Familien gegeben. 1963 kam dann die bereits erwähnte Seguridad Social, die nicht nur die Krankenversicherung der Spanier regelte, sondern auch ihren Rentenbezug.

In den Siebziger Jahren, nach dem Tod von Franco und der Einführung der Demokratie, wurde das Gesundheitssystem mit Steuergeld finanziert. Das sogenannte Beveridge-Modell, das in anderen europäischen Ländern wie Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen bereits Standard war, sollte alle Bürger umfassend und kostenlos versorgen. Jede Comunidad Autónoma (spanische Region) erhielt die Kontrolle über das dortige Gesundheitssystem. Eine Gesundheitsversorgung für alle, auch für Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis

sowie ein Netzwerk von Gesundheitszentren, das die Versorgung auch für Notfälle in der Nacht oder am Wochenende flächendeckend sicherstellte, machten das spanische Gesundheitssystem in den neunziger und zweitausender Jahren zum Vorzeigeprojekt der Sozialdemokraten.

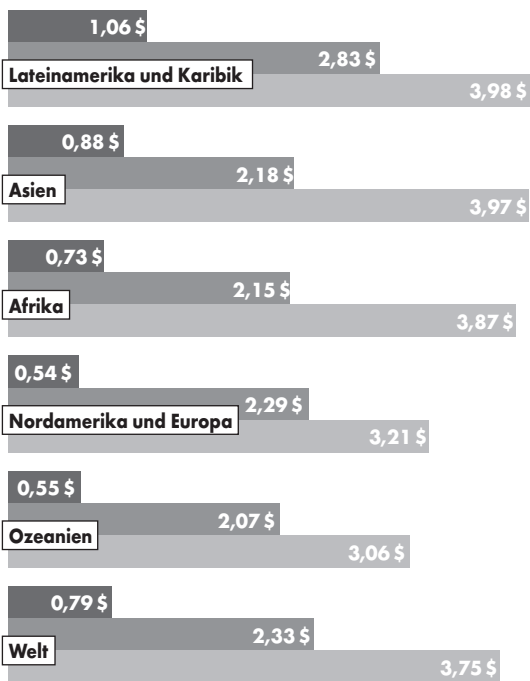
Doch bereits in den neunziger Jahren fingen einige Politiker an, über die Finanzierbarkeit dieses Gesundheitssystems zu diskutieren. Ab Mitte der Neunziger wurden die ersten Privatisierungen durchgeführt. Und nach dem Immobiliencrash 2008 setzte der PSOE das Diktat der Troika um. Der damaligen Ministerpräsident Jose Luis Rodriguez Zapatero verkündete 2010 eine Reduktion des gesamten Haushalts um 15 Milliarden Euro sowie eine Senkung der Löhne aller öffentlichen Angestellten um fünf Prozent. Außerdem keine Anpassung der Renten an die Inflation, die Verringerung der Ausgaben für Medikamente und andere Maßnahmen. In den nächsten Jahren kamen mehr und mehr Kürzungen hinzu, beispielsweise die Streichung einer kostenlosen Behandlung von Migranten ohne Papiere. Zwischen 2010 und 2018 wurden allein beim Etat für das Gesundheitswesen rund zwei Milliarden Euro eingespart.

Laut einem Bericht von Amnesty International von 2020 führten die Sparmaßnahmen im nationalen Gesundheitssystem »zu einer Verschlechterung der Situation in Bezug auf die Zugänglichkeit, Erreichbarkeit und Qualität der Gesundheitsversorgung«. Menschen mit geringen Einkommen, »mit chronischen Krankheiten, mit Behinderungen, Menschen, die sich in psychologischer Behandlung befinden, und alte Leute« seien besonders betroffen. Die Wartelisten für dringende Operationen wurden länger und die Prekarisierung des medizinischen Personals nahm zu. Ärzte müssen seitdem immer mehr Patienten im gleichen Zeitraum versorgen. Die Zahl

ABWECHSLUNG UND VITAMINE SIND TEUER

Kosten verschiedener Ernährungsarten nach Weltregionen, 2017, pro Person und Tag in US-Dollar

- Ernährung mit ausreichend Kalorien
- Ernährung mit ausreichend Nährstoffen
- Ernährung gesund und abwechslungsreich; kombiniert verschiedene Lebensmittelarten; beugt ernährungsbezogenen Krankheiten vor



© HEINRICH-BÖLLSTIFTUNG / STATISTA

Grafik: Holdinghausen/Stockmar (M), CC BY 4.0

der unbefristeten Verträge wuchs von 28 Prozent auf 49 Prozent. Arbeitsverträge für einen Monat, eine Woche oder einen einzigen Tag sind seitdem nicht selten. Hinzukamen die niedrigen Gehälter Laut der Gewerkschaft der Ärzte in Granada verdienten Mediziner 2021 nach fünf Jahren Arbeitserfahrung im Schnitt 1.353 Euro netto ohne Gehaltszuschläge. Seit 2009 haben Ärztegehälter nach dieser Berechnung durchschnittlich 25 Prozent ihrer Kaufkraft verloren. Gleichzeitig wuchs das Arbeitsvolumen um 2,5 Stunden pro Woche.

Es gibt keine offiziellen Zahlen darüber, wie viele Ärzte und Krankenschwestern seit dem Anfang der Kürzungen ausgewandert sind. Laut Aussagen, die das Gesundheitsministerium gegenüber der Tageszeitung »El Diario« machte, sollen es aktuell rund 8.000 Ärzte sein,

die mindestens sechs Jahre Studium in Spanien absolvierten und nun im Ausland tätig sind. Die spanische Regierung hat im Juli angekündigt, 67.000 Mitarbeiter der öffentlichen regionalen Kassen entfristen zu wollen. Diese Entscheidung ist auch gefallen, weil die Europäische Kommission im Mai festgestellt hatte, dass in Spanien im medizinischen Bereich zu wenige Mitarbeiter einen unbefristeten Vertrag haben. Das gilt insbesondere für Krankenpfleger, die in den rund 13.000 öffentlichen Gesundheitszentren arbeiten, die für hausärztliche Untersuchungen zuständig sind.

Heute haben rund elf Millionen Spanier eine private Rentenversicherung, was 19 Prozent der Bevölkerung ausmacht, also fast doppelt so viele wie in Deutschland. Dieser Prozess wurde durch die Kürzungen und das Chao\$ während der Pandemie noch beschleunigt. Zugleich gibt es eine seit 2012 relativ stabile Protestbewegung, die gegen die Privatisierung von Krankenhäusern auf die Straße geht. Die »weiße Flut« demonstrierte im letzten Jahr unter dem Motto: »Die öffentliche Gesundheitsversorgung verkauft man nicht, sondern man verteidigt sie!« Mittlerweile sind überall in Spanien dutzende Vereine und Plattformen entstanden. Die letzte große Demonstration fand im Dezember in Madrid statt. In dieser Region, die seit Jahrzehnten von der konservativen Volkspartei Partido Popular regiert wird, ist die Privatisierung des Gesundheitsbereichs besonders weit vorangeschritten.

In Madrid hat das neue Jahr mit einem Ärztestreik begonnen, nachdem Isabel Diaz Ayuso, die Präsidentin der dortigen Regionalregierung, einen Plan vorgelegt hatte, der die Gesundheitszentren verschlanken soll. Außerdem soll hier nicht nur Personal überall in der Region eingesetzt werden, es sollen auch an mehreren Orten Notfälle ohne die Präsenz von Ärzten behandelt werden.

Carmela Negrete schrieb in konkret 8/22 über das europäische Grenzregime und sein immer brutaleres Vorgehen gegen Migranten und Migrantinnen.

(Quelle: Konkret 02/2023 – Wir danken für die Erlaubnis zum Nachdrucken.)

Lesen, Hören, Anschauen

Tipps aus der Redaktion

Podcast: Lukas Ondreka: Dissens Podcast

Im Dissens Podcast gibt es wöchentliche Gespräche mit unterschiedlichen Gäst*innen zu gesellschaftspolitischen Fragen zu hören. Die Themenpalette ist sehr breit gefächert. In der Folge 175 war Martin Rücker von foodwatch zu Gast. Das Thema: »Armut fördert Mangelernährung und Mangelernährung fördert Armut«.

<https://podcast.dissenspodcast.de/175-gesundheit>



Buch: Jörn Schulz: Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe das erste Quinoabällchen-Warum nachhaltiger Konsum das Klima nicht rettet, Maro Verlag, Augsburg 2020

Der Maro Verlag kombiniert lesenswerte Essays mit Illustrationen. Das Heft »Wer von euch ohne Sünde ist, werfe das erste Quinoabällchen« befasst sich mit der Unmöglichkeit, das Klima durch Konsumententscheidungen zu retten.

<https://www.maroverlag.de/marohefte/230-wer-von-euch-ohne-suende-ist-der-werfe-das-erste-quinoabaellchen-9783875126167.html>



Broschüren: FARN: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz

Die Fachstelle FARN setzt sich mit rechtem und esoterischem Gedankengut im Naturschutz auseinander. Daraus entstehen interessante Publikationen. Aus der Broschüre »Grünes Blatt auf braunem Boden« stammt der in diesem Heft abgedruckte Artikel von Peter Bierl.

<https://www.nf-farn.de/gruenes-blatt-braunem-boden-rechte-ideologien-landwirtschaft>



Buch: Silvia Habekost/Dana Lützkendorf/Sabine Plischek-Jandke/Marie-Luise Sklenar (Hrsg.): Gebraucht, beklatscht – aber bestimmt nicht weiter so! Geschichte wird gemacht: Die Berliner Krankenhausbewegung, VSA Verlag, Hamburg 2022

Beim VSA Verlag ist das Buch »Gebraucht, beklatscht, aber bestimmt nicht weiter so« erschienen. Es dokumentiert die Berliner Krankenhausbewegung und den Streik an Charité und Vivantes-Klinikum 2021. Die Herausgeberinnen Silvia Habekost, Dana Lützkendorf, Sabine Plischek-Jandke und Marie-Luise Sklenar waren als Beschäftigte der Kliniken und ver.di Aktive dabei.

<https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/gebraucht-beklatscht-aber-bestimmt-nicht-weiter-so/>



Film: Höchstens Vier Wochen. Die Geschichte des größten Streiks im Deutschen Gesundheitssystem (Doku über den 11-wöchigen Streik in 6 Uniklinika in NRW in 2022)

Der Filmemacher Jonas Alter ist zufällig auf einer der ersten Streikdemonstrationen gelandet und hat beschlossen, den Streik bis zum Ende weiter zu begleiten und filmisch zu dokumentieren. Damit hat er den langen Weg bis zum flächendeckenden Tarifvertrag Entlastung mit schwierigen, aber auch ermächtigenden Momenten eingefangen.

<https://de.labournet.tv/hoechstens-vier-wochen>



Verein demokratischer Ärzt*innen

Für eine soziale Medizin und eine demokratische Gesellschaft

Viel zu tun – und noch mehr zu verändern

Es gibt viel zu tun. Nicht nur auf Station, in der Ambulanz, in der Praxis, im Studium. Auch die Bedingungen und Umstände unserer ärztlichen Arbeit müssen angepackt und verändert werden.

Die allermeisten sind sich einig: Vieles läuft im Gesundheitswesen nicht so, wie es sollte. Auf der einen Seite steht das Ziel unserer Arbeit: das körperliche, psychische und soziale Wohlergehen der Menschen. Und als Hürden dahin erleben wir auf der anderen Seite Einsparungen am Personal, fließbandartige Abläufe und Profitorientierung privater Konzerne. Meist bleibt für alles zu wenig Zeit, für die Patient*innen, für uns selbst und erst recht dafür, sich für positive Veränderungen einzusetzen.

Außerhalb der Versorgung erleben wir, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse die Gesundheit prägen. Menschen leben kränker und sterben früher, weil sie arm und ggf. arbeitslos sind, weil sie psychisch und physisch krankmachenden Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnissen ausgesetzt sind. Die Gesundheit vieler Menschen wird geschädigt, weil ihnen Ressourcen und Rechte, auch Gesundheitsversorgung, vorenthalten werden, weil sie rassistisch benachteiligt werden, weil sie patriarchale Gewalt erleiden oder den Folgen von Kriegen, Klimakrise und Flucht ausgesetzt sind. Statt fundierter und konsequenter Analysen und kollektiver Lösungsstrategien dominieren individualistische Erklärungsmuster, ein gesellschaftlicher Druck zur Selbstoptimierung und Resignation. Die Auswirkungen dieser sozialen Missstände sehen wir in unserer täglichen Arbeit und sind teils selbst direkt betroffen.

Voneinander lernen – gemeinsam handeln

Im vdäa* haben wir uns zusammengeschlossen, um miteinander zu begreifen, was schief läuft, uns klar zu werden, wie es besser gehen kann und wie wir da hin kommen.

All diese Probleme sind nicht vom Himmel gefallen und sie sind nicht unveränderlich. Warum sind Überstunden die Normalität, wieso müssen wir immer wieder einspringen und mehr arbeiten, teils mehr als legal ist? Warum schaffen wir es nicht, in der Weiterbildung tatsächlich strukturiert zu lernen, sind schon froh, wenn wir alle Aufnahmen, Entlassungen und Untersuchungen geschafft haben, die geplant sind? Warum gibt es so oft eine Kluft zwischen dem, was wir gelernt haben, was der Situation der Patient*innen angemessen wäre, und dem, was tatsächlich gemacht wird? Was sind wirksame Strategien gegen soziale Ungleichheit, Rassismus, Sexismus und wie helfen wir einzelnen Menschen, uns selbst oder Kolleg*innen direkt, wenn sie beleidigt werden oder im Getriebe untergehen?

Viele Fragen. Viel zu tun. Trotzdem – und gerade deswegen – schauen wir den Problemen nicht einfach zu. Wir sind Ärzt*innen aller Fachrichtungen, stationär und ambulant tätig, Zahnärzt*innen, Psychotherapeut*innen und Studierende. Uns eint die Überzeugung, dass positive Veränderungen im Gesundheitswesen und in der Gesellschaft möglich sind und gemeinsam erstritten werden müssen.

**Lern uns kennen, werde Mitglied und
unterstütze unsere Arbeit oder werde selbst aktiv!**

www.vdaae.de | www.facebook.com/vdaae | Twitter: @demokrat_aerzte

